

ANDREA HEROLD

# Die Aschhausenstiftung für Bamberger Bürgersöhne und -töchter im 18. Jahrhundert

## 1. Einleitung und Forschungsstand

Der am 28. Dezember 1622 in Regensburg verstorbene Fürstbischof Johann Gottfried von Aschhausen legierte in seinem Testament, dass

*zwei Tausend gulden Hauptsumma [...] umb gebührliche Verzinsung ahngelegt, und von den selben jedes Jahrs zwo ehrliche und under dem Stattgericht erborne und gezogene Töchter, deren Eltern entweder verstorben und dero keiner über zehen gulden werths verlassen, oder so arm, daß sie nicht über zehen gulden in Vermögens, durch Verordnung besagten Stattraths ausgesteuert und einer jeden Fünffzig gulden Heyrathguth gereicht werden<sup>1</sup>*

sollten. Außerdem verfügte er, dass *Ein Tausend gulden umb ebenmäßige Verzinsung* angelegt werden sollten, damit *allen jährlich zween arme auch under dem Stattgericht geborne, und solcher gestalt wie zu vorerst bey den Töchtern dürfftige Jungen zu erlernung ehrlicher Handwerkher durch besagten Rath bestellet werden konnten<sup>2</sup>* und errichtete dadurch eine Stiftung, die den Destinatären mindestens bis 1808<sup>3</sup> Unterstützung bot. In den Rechnungsbüchern wird sie als *Godefridische Stiftung<sup>4</sup>* bezeichnet. Weder in der älteren noch in der neueren Literatur ist sie unter dieser Bezeichnung zu finden, sondern ist nur anhand des Stiftungszwecks erkennbar. Im Folgenden wird sie vorwiegend als „Stiftung“ bezeichnet.

1 StadtABa, H.V. Rep. 2, Nr. 188 nicht foliiert.

2 StadtABa, H.V. Rep. 2, Nr. 188 nicht foliiert.

3 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1807/08.

4 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1719/20.

Bei den hier untersuchten Quellen handelt es sich um die Rechnungsbücher der Stiftung, von denen allerdings nur die Exemplare der Jahre von 1719/20 bis 1802/03 sowie 1807/08 erhalten sind und sich im Stadtarchiv Bamberg befinden. Die Jahresrechnungen stellen die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung dar und geben im Verwendungszweck Auskunft über deren Höhe, die Art der Unterstützung sowie die Empfänger der Stiftungsgelder. Sämtliche Informationen der 85 Rechnungsbücher wurden in drei Excel-Datenbanken systematisch erfasst und geordnet. Mit Hilfe von Datenbankabfragen wurden die knapp 2.000 Datensätze<sup>5</sup> statistisch ausgewertet und nach verschiedenen Kriterien untersucht.

Die Problematik bei der Beschäftigung mit dieser Stiftung ist, dass es nur in der älteren Literatur<sup>6</sup> einige wenige Informationen dazu gibt, die jedoch nichts über den Entstehungshintergrund, die Entwicklung der Stiftung oder deren Wirkung aussagen. Haas zufolge ist die Stiftung an Aschhausens Todestag, dem 29. Dezember 1622, verwirklicht worden.<sup>7</sup> Da für die Zeit danach bis zum Jahre 1719 keine Quellen zur Stiftung existieren, kann dementsprechend nur auf den Zeitraum von 1719 bis 1808 eingegangen werden. Im Zuge der Säkularisation wurde die Stiftung mit einer weiteren verschmolzen und fusionierte schließlich 1883 mit fünf weiteren milden Stiftungen zum sogenannten *Lokalarmenfonds*.<sup>8</sup> Inwieweit der Stiftungszweck danach noch erfüllt wurde, kann nicht genau beantwortet werden, aber Weber zufolge wurde noch 1889 die Aussteuerpräbende für junge Frauen ausgezahlt.<sup>9</sup>

Über den Stifter selbst gibt es zwei ältere Biographien, deren Entstehungshintergrund mitberücksichtigt werden muss und auf denen die neuere Literatur weitgehend aufbaut. Bei der Beschäftigung mit Stiftungen beschränkte sich das Forschungsinteresse bisher vorwiegend auf die mittelalterliche Rechtsgeschichte, da hierfür in Form von Urkunden meist eine gute Quellengrundlage gewährleistet

5 Dabei entspricht ein Datensatz einer Zeile eines Excel-Tabellenblatts, z. B. Name, Vorname, Herkunft, erlernter Beruf, Art und Höhe der Zuwendung, Datum der Auszahlung, Lehrmeister, ggf. weitere Informationen.

6 Nikolaus Haas, *Geschichte der Pfarrei St. Martin zu Bamberg und sämtlicher milden Stiftungen der Stadt, Bamberg 1845*, S. 519f. und Heinrich Weber, *Johann Gottfried von Aschhausen. Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, Herzog zu Franken, Würzburg 1889*, S. 127.

7 Haas, *Pfarrei St. Martin* (wie Anm. 6), S. 520.

8 Wolfgang F. Reddig, *Fürsorge und Stiftungen in Bamberg im 19. und 20. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Bd. 16), Bamberg 2013, S. 365f.

9 Weber, *Aschhausen* (wie Anm. 6), S. 127.

ist.<sup>10</sup> Mit frühneuzeitlichen Stiftungen im Hochstift Bamberg beschäftigt sich zum Beispiel Besold-Backmund im Rahmen ihrer Dissertation<sup>11</sup> über die beiden Kleinstädte Forchheim und Weismain. Wolfgang Reddig präsentiert in seinem jüngst erschienenen Werk<sup>12</sup> die Bamberger Stiftungslandschaft im 19. und 20. Jahrhundert und vergleicht in einer ausführlichen Studie aus dem Jahre 1998<sup>13</sup> Struktur, Besitz und Wirtschaft des Bamberger St. Katharinen- und des St. Elisabethenspitals vom 13. bis zum 18. Jahrhundert. Ebenfalls erwähnt werden müssen die Aufsätze von Kathrin Imhof<sup>14</sup> und Sven Schmidt<sup>15</sup> zum Kinderseelhaus auf dem Kaulberg, die sowohl die Verwaltungsstruktur und Alltagsgeschichte des Waisenhauses behandeln als auch Auftreten und Auswirkungen ökonomischer Konjunkturen, Zyklen und Krisen anhand der Umsätze in den Rechnungen dieser Institution aufzeigen. Diese Untersuchungen leisten auch einen Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialstruktur Bambergs sowie deren Entwicklung in der Frühen Neuzeit, die bisher unzureichend erforscht ist.<sup>16</sup> Es existieren zwar ältere Arbeiten zu diesem Themenbereich, allerdings weisen sie meist methodische Defizite auf und können die Ansprüche der modernen Forschung nicht erfüllen.<sup>17</sup> Das für die vorliegende Arbeit zentrale

10 Marlene Besold-Backmund, *Stiftungen und Stiftungswirklichkeit. Studien zur Sozialgeschichte der beiden oberfränkischen Kleinstädte Forchheim und Weismain* (Schriften des Zentralinstituts für fränkische Landeskunde und allgemeine Regionalforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg, Bd. 27), Neustadt an der Aisch 1986, S. 10.

11 Besold-Backmund, *Stiftungen* (wie Anm. 10).

12 Reddig, *Fürsorge* (wie Anm. 8).

13 Wolfgang F. Reddig, *Bürgerspital und Bischofsstadt. Das St. Katharinen- und das St. Elisabethenspital in Bamberg vom 13.–18. Jahrhundert. Vergleichende Studie zu Struktur, Besitz und Wirtschaft*, Bamberg 1998.

14 Kathrin Imhof, *Das Kinderseelhaus auf dem Kaulberg. Administration und Alltag des Bamberger Waisenhauses in der Frühen Neuzeit*, in: Mark Häberlein/Robert Zink (Hrsg.), *Soziale Strukturen und wirtschaftliche Konjunkturen im frühneuzeitlichen Bamberg* (Bamberger Historische Studien, Bd. 10 / Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Bd. 17), Bamberg 2013, S. 131–198.

15 Sven Schmidt, *Kapitalmarktkrisen, Agrarkonjunkturen und große Teuerungen. Betrieb, Haushalt und Wohlfahrtsaktivitäten des Bamberger Waisenhauses (1602–1803)*, in: Häberlein/Zink (Hrsg.), *Soziale Strukturen* (wie Anm. 14), S. 199–264.

16 Mark Häberlein/Robert Zink, *Einführung*, in: dies. (Hrsg.), *Soziale Strukturen* (wie Anm. 14), S. 7–15, hier S. 8.

17 Mark Häberlein, *Handel und Gewerbe in oberfränkischen Städten 1650–1815*, in: Helmut Flachenecker/Rolf Kießling (Hrsg.), *Wirtschaftslandschaften in Bayern. Studien zur Entstehung und Entwicklung ökonomischer Raumstrukturen vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert* (Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Beiheft 19), München 2010, S. 151–178, hier S. 151.

Thema der Bamberger Handwerkszünfte ist ebenfalls weitgehend unerforscht und bietet eine überschaubare Auswahl an Literatur, die teilweise stark veraltet ist. Eine Dissertation zu diesem Thema wurde vor kurzem von Lina Hörl an der Universität Bamberg abgeschlossen, konnte aber für diese Arbeit noch nicht herangezogen werden.

## 2. Entstehungshintergrund und Stiftungsintention

### 2.1. Aschhausens Stiftertätigkeit

Religiosität und Engagement für die Armen waren die wesentlichen Faktoren der meisten Stiftungen in der Frühen Neuzeit.<sup>18</sup> Aschhausen war ein streng altgläubiger<sup>19</sup> Fürstbischof, der eifrig die Gegenreformation vorantrieb, um den Protestantismus im Bistum Bamberg zurückzudrängen. In Form von großzügigen Almosen und Stiftungen war er darum bemüht, gegen die Armut in Stadt und Hochstift vorzugehen, wobei aber auch die Sorge um sein Seelenheil eine große Rolle spielte, da für die Beschenkten die Pflicht zur Fürbitte bestand.

Aschhausen unterstützte schon zu Lebzeiten sowohl die Kirchen des Hochstifts als auch die Armen und Kranken auf verschiedene Art und Weise. So stellte er zum Beispiel 1611 1.000 Gulden für die Renovierung des Bamberger Doms bereit und spendete in den folgenden Jahren wertvolle liturgische Gegenstände, wie zum Beispiel einen roten Baldachin aus Damast, Gemälde und eine vergoldete Monstranz. Als kaiserlicher Gesandter in Rom unterstützte er außerdem das Germanicum und förderte die überseeische Mission der Jesuiten.<sup>20</sup> Im Jahre 1612 ließ er das Aegidiusspital, das 1120 von Bischof Otto I. am Fuße des Klosters Michelsberg für Arme und Kranke gegründet und 1435 zerstört worden war, neu errichten und gestaltete es als Versorgungsstätte für erwerbsunfähige Dienstboten.<sup>21</sup> Die Einrichtung war

18 Besold-Backmund, *Stiftungen* (wie Anm. 10), S. 7.

19 Deinlein bezeichnet ihn sogar als fromm und asketisch in den Formen seiner Zeit, vgl. Michael Deinlein, *Über Johann Gottfried von Aschhausen, Bamberg 1877*, S. 19–27.

20 Dieter J. Weiß, *Das exemte Bistum Bamberg. Die Bischofsreihe von 1522 bis 1693* (*Germania sacra. Neue Folge* 38,1), Berlin/New York 2000, S. 391.

21 Wolfgang F. Reddig, *Armut, Krankheit, Not in Bamberg* (Darstellungen und Quellen zur Geschichte Bambergers, Bd. 5), Bamberg 1998, S. 15.

zunächst auf 20 Personen begrenzt, und die Aufnahme setzte das katholische Bekenntnis, einen ehrbaren Lebenswandel und die regelmäßige Teilnahme am Gottesdienst voraus.<sup>22</sup> Auf dem Stephansberg gründete er 1618 außerdem eine Stiftung zur Aufnahme kranker Dienstboten und ein Ehehaltenhaus.<sup>23</sup> In seinem Heimatort Lauda richtete er ebenfalls ein Armenhaus ein, bestimmte 1.000 Gulden zur Auszahlung von Stipendien an bedürftige katholische Studenten aus Lauda und stiftete Fonds zur Erziehung von Waisen, zur Ausbildung von Handwerksgesellen sowie die Aussteuerpräbenden für junge Frauen.<sup>24</sup> Da er ab 1617 das Bistum Würzburg in Personalunion mitregierte, lässt sich auch hier eine rege Stiftertätigkeit feststellen, wobei an dieser Stelle auf eine detaillierte Ausführung verzichtet werden muss.<sup>25</sup>

Der älteren Literatur zufolge hatte er Verzeichnisse über die Hausarmen und die „unter Vormundschaft stehenden Kinder samt den auf ihrem Erbe lastenden Schulden in seinem Brevier“<sup>26</sup>, was zeigt, dass er darum bemüht war, die Armenfürsorge stets im Blick zu haben, um organisiert vorgehen zu können. Zwar gab es schon seit 1571 die vom Almosenschreiber geführten Almosen- oder Bettelbücher, in denen die Betroffenen erfasst wurden, aber diese Verzeichnisse wurden nicht gewissenhaft verwaltet.<sup>27</sup> Erst Ende des 18. Jahrhunderts gelangte man zu der Auffassung, dass sie für die Bekämpfung der Armut nicht nur hilfreich, sondern notwendig waren.<sup>28</sup>

Außerdem verteilte Aschhausen wöchentlich 50 Gulden an Arme, Witwen und Waisen und verdoppelte die Summe an Festtagen. Da er täglich Almosen, vor allem in Form von Nahrungsmitteln, die er selbst nicht benötigte, verteilte und sich dabei nicht zu erkennen gab, vergleicht ihn Weber sogar mit dem Heiligen Nikolaus. Darüber hinaus ließ er in Bamberg 30 Waisenknaben auf seine Kosten erziehen, einkleiden und in einen Handwerksberuf einweisen, unter der Auflage, dass diese

22 Weiß, Bistum (wie Anm. 20), S. 391.

23 Franz X. Bärlechner, Die Entwicklung der karitativen Wohlfahrtspflege in Bayern unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Niederbayern und der Städte München, Augsburg, Bamberg, Würzburg, Nürnberg, Regensburg, Passau, Landshut und Straubing, Nürnberg 1927, S. 139.

24 Winfried Romberg, Das Bistum Würzburg. Die Würzburger Bischöfe von 1617–1684 (Germania sacra. Dritte Folge 4), Berlin/New York 2011, S. 99.

25 Romberg, Bistum (wie Anm. 24), S. 57–127.

26 Weber, Aschhausen (wie Anm. 6), S. 127.

27 Karl Geyer, Die öffentliche Armenpflege im kaiserlichen Hochstift Bamberg mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Bamberg, Bamberg 1909, S. 20.

28 Geyer, Armenpflege (wie Anm. 27), S. 20.

regelmäßig in der christlichen Lehre unterrichtet würden und die Sakramente empfangen, was der Fürstbischof teilweise selbst vollzog.<sup>29</sup>

Die aufgeführten Almosen und Stiftungen sind nur eine Auswahl dessen, was Aschhausen zu Lebzeiten spendete und stiftete. Doch trotz dieser Bemühungen gelang es ihm nicht, die Armut in Stadt und Hochstift nachhaltig zu lindern, da sein Vorgehen eher symptombezogen als ursachenorientiert war. Erst die „erneuerte Almosenordnung“<sup>30</sup> seines Nachfolgers Johann Georg II. Fuchs von Dornheim (1623–1632) von 1631 konnte die Mängel der Armenfürsorge partiell beheben. Dennoch verdeutlicht sein Vorgehen, dass er schon zu Lebzeiten bestrebt war, gegen Armut und Bettel vorzugehen, weshalb es nicht überrascht, dass er die Versorgung von Bedürftigen auch nach seinem Tod sicherstellen wollte. Da durch die Bamberger Stiftung junge Frauen und Männer, die die entsprechenden Kriterien erfüllten, einen Beitrag zur Aussteuer und zur Handwerkerlehre bekommen sollten, kann darauf geschlossen werden, dass danach zu dieser Zeit ein erhöhter Bedarf bestand. Denn Stiftungen nahmen meist Bezug auf die Probleme der gesamten Bürgerschaft einer frühneuzeitlichen Stadt, weshalb man sie dort an besonders wichtigen oder schwachen Stellen des sozialen Gefüges findet, zu denen häufig die Versorgung der Armen zählte. Oft konnten die benötigten Summen nur durch Stiftungen bereitgestellt werden, weshalb sie für Staat und Gesellschaft des 17. und 18. Jahrhunderts enorm wichtig waren.<sup>31</sup>

## 2.2 Hoffnung auf Seelenheil durch Wohltätigkeit

Im Mittelalter und der Frühen Neuzeit bestand ein konstitutiver Zusammenhang zwischen Stiftungen, Wohlfahrt und Seelenheil.<sup>32</sup> Die enge Verknüpfung zwischen der Sorge um das Seelenheil und dem Engagement für Arme war Bestandteil der Motivation zu beinahe jeder Stiftung eines Geistlichen oder wohlha-

29 Weber, Aschhausen (wie Anm. 6), S. 127f.

30 Geyer, Armenpflege (wie Anm. 27), S. 21.

31 Besold-Backmund, Stiftungen (wie Anm. 10), S. 8.

32 Franz Josef Jakobi, Ein schwieriges Erbe. Geschichte und aktuelle Verwaltung der Stiftungen in Münster, in: Michael Borgolte (Hrsg.), Stiftungen und Stiftungswirklichkeiten. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Stiftungsgeschichten, Bd. 1), Berlin 2000, S. 307–316, hier S. 308.

benden Bürgers.<sup>33</sup> Für mittelalterliche Menschen war die Verbindung von Totengedenken und Armenfürsorge sehr wichtig, weshalb der *pro salute animae*, der sogenannte Sohnesteil Christi, den Armen als Vermächtnis zugutekam, die als Gegenleistung für das jenseitige Heil des Wohltäters beten mussten.<sup>34</sup> In Almosenstiftungen spiegelt sich somit ein wesentliches Merkmal der spätmittelalterlichen Frömmigkeit, die stark von der Vorstellung des Fegefeuers beeinflusst war. Während Habgier und Reichtum auf dem Weg zur Seligkeit ein Hindernis darstellten, trug die Verwendung von Besitz zum Nutzen der Armen dazu bei, die Qualen des Purgatoriums zu mildern und das Seelenheil des Stifters im Jenseits sicher zu stellen.<sup>35</sup> Dass Aschhausen nach diesem Prinzip lebte und handelte, wird unter anderem an seiner Aussage deutlich, dass die Güter, die er besitze, nicht ihm gehörten, sondern der Kirche und den Armen, und er sie nur auszuteilen habe.<sup>36</sup> Zwar hat das Stiftungsinstitut in der Neuzeit eine differenziertere Gestalt gewonnen als in der klassischen Memorialstiftung des Mittelalters, doch die wesentlichen Stiftungsmotive änderten sich vom 15. bis zum 17. Jahrhundert abgesehen von einigen graduellen Modifikationen kaum.<sup>37</sup>

Die *Godefridische Stiftung* scheint auf den ersten Blick lediglich der Unterstützung von zwei spezifizierten Gruppen der Armenklientel gedient zu haben. Doch bei genauerer Betrachtung der übrigen Legate seines Testaments wird klar, dass das Stiftungsmotiv des Seelenheils für Aschhausen mindestens eine ebenso wichtige Rolle spielte wie die Armenfürsorge selbst. So vermachte er zum Beispiel dem St. Katharinen- und dem St. Elisabethenspital jeweils 500 Gulden, dem Sebastiani- und dem Franzosenhaus sowie dem Frauen- und Antoni-Siechhof und dem St. Martha-Seelhaus jeweils 200 Gulden mit der Auflage, dass die Pfründner dieser Einrichtungen an bestimmten Tagen Fürbitten für seine Seele erbringen sollten. Auch das Dominikanerinnen- und das Klarissenkloster bedachte er mit je 400 Gulden, ebenfalls verbunden mit der Bestimmung zu Fürbittgebeten.<sup>38</sup> Die Sorge um das Seelenheil zeigte sich auch in den testamentarischen Verfügungen, die die ewi-

33 Besold-Backmund, *Stiftungen* (wie Anm. 10), S. 37.

34 Franz-Josef Jakobi, *Stiftungen und Armenfürsorge in Münster vor 1800* (Studien zur Geschichte der Armenfürsorge und der Sozialpolitik in Münster, Bd. 1), Münster 1996, S. 17.

35 Besold-Backmund, *Stiftungen* (wie Anm. 10), S. 38f.

36 Weber, *Aschhausen* (wie Anm. 6), S. 128.

37 Jakobi, *Stiftungen und Armenfürsorge* (wie Anm. 34), S. 367f. und Besold-Backmund, *Stiftungen* (wie Anm. 10), S. 39.

38 StadtABA, H.V. Rep. 2, Nr. 188, nicht foliiert.

ge Abhaltung von Seelgottesdiensten, Lesungen der heiligen Messe und Fürbitten an einem konkreten Tag des Jahres oder jede Woche bestimmten. Aschhausen gab für diesen Zweck mehrere hundert Gulden nach Lauda, Vierzehnheiligen und Kloster Schöntal. Mit derselben Absicht wurden vermutlich auch 1.500 Gulden an mehrere Bamberger Klöster verteilt und weitere 500 Gulden zum Gedenken an die Opfer der Hexenprozesse in den Jahren von 1616 bis 1619 gestiftet.<sup>39</sup>

Insgesamt hat Aschhausen über 80 testamentarische Verfügungen zu frommen Zwecken getroffen, die nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, das heißt aufgrund ihrer Bedeutung, die seiner Vorgänger übertrafen.<sup>40</sup> Doch schon anhand der beispielhaft genannten Legate lässt sich erkennen, dass es für Aschhausen wichtig war, dass auch nach seinem Tod die Armen und Kranken in Bamberg Unterstützung durch seine Stiftungen erhielten, wenngleich das Motiv des Seelenheils für ihn im Vordergrund stand. Noch bei den Testamenten Fürstbischof Ernst von Mengersdorfs (1583–1591) und seiner beiden Vorgänger wurde die Motivation der Verfügungen klar ausgedrückt: Ihr Ziel war nicht die öffentliche Wohlfahrt als weltlich-sozialpolitische Notwendigkeit, sondern das Seelenheil des Testators, aufbauend auf dem Gedanken, dass die Verrichtung guter Werke belohnt würde.<sup>41</sup> Ob Aschhausen im Vergleich zu seinen Vorgängern besonders viel für sein Seelenheil stiftete, weil er um selbiges fürchtete, kann nicht bewiesen werden. Auf Grundlage der Quellen ist insgesamt aber eher davon auszugehen, dass sein karitatives Engagement in seiner tiefen Frömmigkeit begründet lag und er es als seine Pflicht ansah, „die von Gott empfangenen Fähigkeiten [...] zum allgemeinen Wohl zu gebrauchen.“<sup>42</sup> Ob es ihm bei seiner Wohltätigkeit wirklich um das allgemeine Wohl ging oder eher um das der katholischen Bevölkerung, kann nicht beantwortet werden. Das Beispiel der hier untersuchten Stiftung zeigt jedenfalls, dass er allen Bedürftigen und nicht nur den katholischen helfen wollte, da er in seiner testamentarischen Verfügung das katholische Bekenntnis nicht als Voraussetzung für den Erhalt von Stiftungsgeldern festhielt. Da sich die gegenreformatorischen Bestrebungen seit Ende des 16. Jahrhunderts durch ein Verbot des Protestantismus und die Androhung der

39 Hans Lassmann, *Die Testamente der Bamberger Fürstbischöfe von Albrecht Graf von Wertheim bis Johann Gottfried von Aschhausen (1398–1622)*, Würzburg 1970, S. 293f.

40 Lassmann, *Testamente* (wie Anm. 39), S. 289–297.

41 Lassmann, *Testamente* (wie Anm. 39), S. 285.

42 Weber, *Aschhausen* (wie Anm. 6), S. 126.



Ausweisung bei Zuwiderhandlung verschärften,<sup>43</sup> könnte man auch vermuten, dass Aschhausen keine Notwendigkeit für eine solche Bestimmung sah, weil zu dieser Zeit bereits ein Großteil der Bewohner innerhalb des Stadtgerichts katholisch war oder er davon ausging, dass dies nach seinem Tod der Fall sein würde.

### 3. Stiftungswirklichkeit und Stiftungswirkung

#### 3.1. Stiftungsverwaltung und Organisation

Über die Frage nach den Lebensumständen derjenigen, die in den Rechnungen als Empfänger der Stiftungsgelder aufgeführt werden, erfolgt eine Annäherung an die Stiftungswirklichkeit. In Relation zu deren sozialer Herkunft und ihrer materiellen Situation werden die Bedeutung und der Nutzen der Stiftungsbeiträge für das jeweilige Individuum beziehungsweise die Gesamtheit der Gesellschaft hinterfragt. Dabei ist zu bedenken, dass anschauliches Zahlenmaterial notwendig ist, um Umfang und Wert der Leistungen aus der Stiftung beurteilen zu können.<sup>44</sup> Je nachdem wie viele Informationen in den Quellen enthalten sind, können ein oder mehrere dieser Aspekte ermittelt werden. Die grundsätzliche Problematik dabei ist jedoch, dass die Quellen zu einer Stiftung meist aus dem obrigkeitlichen Verwaltungsapparat stammen, weshalb nur ein begrenzter Zugang zur Lebenswirklichkeit der Nutzer, die, wie im Fall der *Godefridischen Stiftung*, Angehörige der unteren sozialen Schichten waren, möglich ist.

Rechnungsbücher enthalten meist wichtige Aussagen zur Methode und zu Problemen der Stiftungsverwaltung und geben Auskunft über die materiellen Grundlagen der Stiftung wie zum Beispiel Stiftungskapital oder Grundbesitz, worauf die Ausschüttung der Zinserträge zur Erfüllung des Stiftungszwecks beruhte, sowie deren Veränderungen im Verlauf der Jahrzehnte.<sup>45</sup> Bei der *Godefridischen Stiftung* handelt es sich grundsätzlich um Jahresrechnungen, die die Einnahmen und Aus-

43 Johannes Staudenmaier, *Gute Policey in Hochstift und Stadt Bamberg. Normgebung, Herrschaftspraxis und Machtbeziehungen vor dem Dreißigjährigen Krieg* (Studien zu Policey und Policeywissenschaft), Frankfurt am Main 2012, S. 127–129.

44 Besold-Backmund, *Stiftungen* (wie Anm. 10), S. 19.

45 Besold-Backmund, *Stiftungen* (wie Anm. 10), S. 19.

gaben darstellen, wie sie in den städtischen Verwaltungen des 18. Jahrhunderts üblich waren. Dabei umfasste eine Rechnungsperiode die Zeit von Georgi, dem 23. April, eines Jahres bis zu Georgi des nächsten Jahres. In den Büchern wurde im Bereich der Aussteuerbeihilfe zunächst der Rezess aus dem Vorjahr aufgeführt, der zum Zinsertrag des zur Zahlung der Aussteuer angelegten Kapitals von 2.000 Gulden mit einer Verzinsung von fünf Prozent addiert wurde, was die Summe der Einnahmen darstellte. Danach werden die Empfängerinnen der Aussteuerpräbende, teilweise mit Auszahlungsdatum aufgeführt. Die Zahlungen, meist an zwei Frauen, erfolgten entweder am selben Tag eines Jahres oder an kurz aufeinanderfolgenden, wobei das konkrete Datum jährlich variierte. Nach Abzug der Ausgaben wurde noch der Saldo für das Folgejahr festgehalten.

Anschließend folgte der Übertrag der zur Verfügung stehenden Mittel für die Zahlung der Aufding- und Freisprechgelder für arme Bürgersöhne. Entsprechend der testamentarischen Verfügung wurde das Kapital in Höhe von 1.000 Gulden ebenfalls zu einem Zinssatz von fünf Prozent in der *Hochfürstlichen Obereinnahme* angelegt. Nach Addition der Zinserträge mit dem Rezess des Vorjahres folgte eine Aufstellung der Nutznießer, bei denen die Höhe und in der Regel die Art der Unterstützung angegeben wurden. Dabei handelte es sich im Untersuchungszeitraum insgesamt bei 432 Personen um Aufdinggeld und bei 467 um Freisprechkosten. Daneben gab es häufig Auszahlungen, die nur als *Almosen*<sup>46</sup>, *Beitrag*<sup>47</sup>, *Ausstattung*<sup>48</sup> oder *Beisteuer*<sup>49</sup> bezeichnet wurden. Auch die Anschaffung von *Kleidung*<sup>50</sup> oder als *Notwendigkeiten*<sup>51</sup> erfasste Ausgaben kommen vor, bei denen es sich vermutlich ebenfalls um Kleidung oder benötigtes Werkzeug handelte. Neben Name, Vorname und Lehrberuf wird bei den meisten Bürgersöhnen der Beruf des Vaters angegeben und bei etwa der Hälfte aller Unterstützten auch der Name ihres Handwerksmeisters. In etwa 20 Prozent der Fälle gab es außerdem ergänzende Bemerkungen, wie zum Beispiel, dass neben zwei Gulden Aufdinggeld bereits 30 Kreuzer für Wachs gezahlt wurden und die betreffende Person *also beim Freisprechen kein Wachsgeld*

46 Vgl. StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1742/43, fol. 14.

47 Vgl. StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1749/50, fol. 10.

48 Vgl. StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1735/36, fol. 8.

49 Vgl. StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1726/27, fol. 8.

50 Vgl. StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1761/62, fol. 13.

51 Vgl. StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1751/52, fol. 11.

*mehr schuldig*<sup>52</sup> sei. Nachdem alle Ausgaben aufgeführt worden waren, wurde diese Summe den Eingaben gegenübergestellt und der Rezzess für das folgende Jahr ausgewiesen.

Die Verwaltung der Stiftung lag in den Händen des Bamberger Stadtrats<sup>53</sup>, der wiederum aus seinen Mitgliedern einen oder mehrere Stiftungspfleger wählte.<sup>54</sup> Doch aufgrund der herrschaftlichen Verhältnisse hatte der Stadtrat nicht das alleinige Recht zur Bestimmung der Pfleger. Er schlug die Bewerber lediglich vor, deren endgültige Auswahl durch den Fürstbischof erfolgte.<sup>55</sup> Die meisten städtischen Stiftungen hatten zwei Pfleger oder, wie im Fall des Kinderseelhauses auf dem Kaulberg, drei.<sup>56</sup> Anhand der Rechnungsbücher konnte bei der *Godefridischen Stiftung* zunächst lediglich ein Vormund- oder Handwerksschreiber<sup>57</sup> ermittelt werden, durch den die Stiftungsgelder zugestellt wurden. Dabei handelt es sich um einen Herrn *Kistlmüller*, der laut Auszahlungsdaten in der Zeit von 1733 bis 1748 tätig war. Da er das letzte Mal am 30. Mai 1748<sup>58</sup> aktiv war und am 28. Juni 1748<sup>59</sup> ein gewisser *Feuerstein* auftaucht, der ebenfalls Stiftungsgelder auszahlte, ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um den Nachfolger handelt. Allerdings wird dieser nicht mehr als Vormund- oder Handwerksschreiber, sondern als *Ratsdiener*<sup>60</sup> bezeichnet. Feuerstein wird zum letzten Mal am 28. Januar 1755<sup>61</sup> erwähnt. Falls es sich hierbei tatsächlich um die Pfleger handelte, so trifft die geographische Klassifizierung der Amtsträger nach Reddig nicht zu, da ihm zufolge die Bezeichnung „Pfleger“ im süddeutschen Raum geläufig war, während sie vorwiegend im Norden als „Vormünder“ erschienen.<sup>62</sup>

52 Derartige Vermerke wurden auch in der Datenbank erfasst, um mehr Informationen zu den einzelnen Zahlungsvorgängen zu erhalten. StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1731/32, fol. 10.

53 StadtABa, H.V. Rep. 2, Nr. 188 nicht foliiert.

54 Imhof, Kinderseelhaus (wie Anm. 14), S. 144.

55 Besold-Backmund, Stiftungen (wie Anm. 10), S. 19.

56 Besold-Backmund, Stiftungen (wie Anm. 10), S. 138 und Imhof, Kinderseelhaus (wie Anm. 14), S. 146.

57 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1733/34, fol. 11.

58 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1748/49, fol. 9.

59 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1748/49, fol. 10.

60 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1748/49, fol. 10.

61 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1754/55, fol. 11.

62 Reddig, Bürgerspital (wie Anm. 13), S. 128.

In erster Linie hatte der Pfleger die Stiftung zu überwachen und zu kontrollieren. Dies erfolgte unter anderem durch die Prüfung der Rechnungen, deren Richtigkeit mit seiner Unterschrift bestätigt wurde.<sup>63</sup> Anhand der Unterschriften lassen sich für die Jahre 1770/71 ein gewisser *Förchtgott*<sup>64</sup> und für die Jahre 1784/85 und weitere ein Herr *Schlehein*<sup>65</sup> ausfindig machen. Im Rechnungsjahr 1800/01 gibt es einen Hinweis, dass die Stiftung möglicherweise zwei Pfleger hatte, da für die Zeit von 1798 bis 1801 ein Herr *Dangel*<sup>66</sup> die Rechnungen prüfte, aber auf dem Deckblatt erstmals vermerkt wurde, dass es sich um eine *Rechnung über die Godefridische Stiftung als Beylage zur Stadtwochenstube vom Georgentage 1800 bis dahin 1806* handelt, die vom *Stadtrat Jakob Rinecker als Stiftungspfleger*<sup>67</sup> abgelegt wurde. Es wäre aber auch denkbar, dass es sich nicht um zwei Pfleger handelte, sondern um eine hierarchische Gliederung der Amtsträger. An dieser Stelle werden die Grenzen der Rechnungsbücher als Quellen deutlich, da es nicht möglich ist, anhand der kaum identifizierbaren Unterschriften die Pfleger der Stiftung lückenlos zu rekonstruieren.<sup>68</sup>

Ab dem Rechnungsjahr 1775/76 sind vermehrt Beilagen vorhanden, bei denen es sich meist um Revisionsprotokolle sowie deren Beantwortung handelt. Daher gab es vermutlich ebenso wie beim Bamberger Waisenhaus oder dem St. Katharinen- und St. Elisabethenspital eine persönliche Anhörung nach der Rechnungsprüfung, an der die Stiftungspfleger und geistlichen Räte des Generalvikariats teilnahmen. Dabei mussten die Pfleger die Verwendung der Stiftungsgelder offenlegen, was von den geistlichen Räten überprüft und bewertet wurde.<sup>69</sup> Anhand der Protokolle ist zu erkennen, dass die Verwendung der Stiftungsgelder nicht immer für gut befunden wurde und die Pfleger ihr Vorgehen in einer „Beantwortung“ rechtfertigen mussten. So wurde zum Beispiel im Revisionsprotokoll von 1775/76 *der große Aufwand für den getauften Judenjungen Conrad Gernrath*<sup>70</sup> angemahnt, da dieser im

63 Imhof, Kinderseeelhaus (wie Anm. 14), S. 147.

64 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1770/71, fol. 12.

65 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1784/85, fol. 4r.

66 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1798/99, fol. 4v; 1799/00, fol. 4v; 1800/1801, fol. 4v.

67 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1800/01, Deckblatt.

68 Man könnte aber, falls vorhanden, anhand von Verzeichnissen der Mitglieder des Stadtrats, aus denen die Pfleger hervorgehen, herausfinden, um welche und wie viele Personen es sich handelte.

69 Schmidt, Kapitalmarktkrisen (wie Anm. 15), S. 204f.

70 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1775/76, fol. 11.

Rechnungsjahr 1771/72 Aufdinggeld<sup>71</sup> in Höhe von fünf Gulden sowie 30 Gulden *Insgemein*<sup>72</sup> für die Schneiderlehre erhalten hatte und 1774/75 nochmals fünf Gulden für die Freisprechung.<sup>73</sup> Außerdem erfolgte die Anweisung, dass *niemanden über 2 höchstens 2,5 Gulden und wann er kein Bürgerssohn ist, gar nichts verabreicht werden*<sup>74</sup> sollte, was aber, wie die folgende Rechnung zeigt, nicht eingehalten wurde.

Welche Entlohnung die Stiftungspfleger für ihre Tätigkeit erhielten, kann nicht eindeutig geklärt werden.<sup>75</sup> Allerdings geht aus der sogenannten „Erinnerung“ aus dem Jahre 1776/77 hervor, dass es wegen der Bezahlung des Herrn *Kistlmüllers* Unstimmigkeiten gab, weil die *jährlich ausgeworfene[n] 6 Gulden nicht in dieser Stiftungsrechnung zu verrechnen seien* und deshalb *in künftiger Rechnung entweder von der Wochenstuben, oder einer anderen Allmosenstiftung gut zumachen seien*.<sup>76</sup> Vorausgesetzt *Kistlmüller* war der Pfleger, weist diese Mahnung darauf hin, dass dieser mehrere Stiftungen verwaltete. Da es sich bei dieser Zahlung um eine *Fundationswiedrige Abgaab* handelte, schränkte man die Zahlungen für die Bürgersöhne nicht ein und wies nachdrücklich darauf hin, dass in *Zukunft der wortdeutlichen Vorschrift der Stiftungsurkund*<sup>77</sup> besser Folge zu leisten sei. Um daran zu erinnern, was der eigentliche Stiftungszweck war, wurde ab 1777/78 ein Testamentsauszug Aschhausens, aus dem dieser hervorgeht, mehreren Rechnungen beigelegt.

Die Revisionsprotokolle, Mahnungen und Beantwortungen enthalten noch eine Reihe weiterer Informationen, die Auskunft über die Stiftungswirklichkeit geben und an anderer Stelle noch näher betrachtet werden. Auffällig ist jedoch, dass dieses Schriftgut erst ab 1775 in den Rechnungsbüchern vorhanden ist und möglicherweise mit der Verzeichnung negativer Rezesse ab dem Jahr 1771/72 zusam-

71 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1771/72, fol. 5.

72 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1771/72, fol. 13.

73 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1774/75, fol. 8. Zur Unterstützung jüdischer Konvertiten durch Bamberger Stiftungen und geistliche Institutionen vgl. Michaela Schmölz-Häberlein, *Juden in Bamberg (1633–1802/03). Lebensverhältnisse und Handlungsspielräume einer städtischen Minderheit (Judentum – Christentum – Islam. Interreligiöse Studien, Bd. 11 / Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Bd. 18)*, Würzburg 2014, S. 220–224.

74 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1775/76, fol. 11.

75 Aufgrund der geringen oder entfallenden Bezahlungen wurde das Amt häufig von Personen ausgeübt, die schon über ein gewisses Vermögen verfügten, vgl. Imhof, *Kinderseelhaus* (wie Anm. 14), S. 144.

76 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1776/77, fol. 6–7.

77 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1777/78.

menhängt, welche wiederum mit der Teuerungskrise<sup>78</sup> zu Beginn der 1770er Jahren in Verbindung stehen. Vermutlich hängt aber auch die allgemeine Tendenz zur Fortentwicklung des staatlichen Rechnungswesens im Zeitalter des Kameralismus damit zusammen.<sup>79</sup> Dies zeigt sich schon ab 1766/67 in Form klar strukturierter Einteilungen der Ausgaben für die Bürgersöhne.<sup>80</sup> Ab diesem Jahr unterteilte man die Kosten in Aufdinggeld, Freisprechkosten und *Insgemein*. Dadurch wurden die Ausgaben übersichtlicher und anschaulicher, was vor allem ab 1771/72 erforderlich war, weil dadurch auf einen Blick erkannt werden konnte, welche Ausgaben dem Stifterwillen entsprachen und welche nicht, um diese im Folgejahr entsprechend zu unterlassen oder zumindest einzuschränken.

### 3.2. Zielgruppen der Stiftung

#### 3.2.1. Armenfürsorge im 18. Jahrhundert

Stiftungen gelten als ein hervorragender Indikator für das soziale Gefüge ihrer Entstehungszeit.<sup>81</sup> Ihre Zwecke geben Auskunft über soziale Strukturen und Probleme, zu deren Lösung sie geschaffen wurden. Auch Aschhausens Stiftung war auf die Anforderungen seiner Zeit zugeschnitten und sollte nach seinem Ableben zu dem definierten Zweck weitergeführt werden. Jedoch veränderten sich die sozioökonomischen Gegebenheiten und somit die Lebensumstände derer, denen die Stiftung nützlich sein sollte.

Die Armenpolitik des 18. Jahrhunderts versuchte, anders als im 16. und 17. Jahrhundert, auch in katholischen Territorien den Bettel einzuschränken, was in

78 Britta Schneider, *Wo der getreid-Mangel Tag für Tag grösser, und bedenklicher werden will*. Die Teuerung der Jahre 1770 bis 1772 im Hochstift Bamberg, in: Mark Häberlein/Kerstin Kech/Johannes Staudenmaier (Hrsg.), *Bamberg in der Frühen Neuzeit. Neue Beiträge zur Geschichte von Stadt und Hochstift* (Bamberger Historische Studien, Bd. 1 / Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Bd. 11), Bamberg 2008, S. 261–292, hier S. 261.

79 Dieter Schneider, *Geschichte betriebswirtschaftlicher Theorie. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre für das Hauptstudium*, München 1981, S. 121–125.

80 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1766/67, fol. 5v–10r.

81 Jakobi, *Ein schwieriges Erbe* (wie Anm. 32), S. 8.

vermehrten obrigkeitlichen Bestimmungen zum Ausdruck kam.<sup>82</sup> Der frühneuzeitlichen Ansicht entsprechend, dass Armut durch Disziplinlosigkeit und Müßiggang verursacht wurde, somit selbstverschuldet und nur durch Arbeit, Frömmigkeit und Disziplin zu überwinden war, wurden in Bamberg im Verlauf des 18. Jahrhunderts verschiedene Institutionen zur Arbeitsbeschaffung errichtet.<sup>83</sup> Diese Armen- und Arbeitshäuser, in die die Bedürftigen eingewiesen wurden, um sie durch (Zwangs-) Arbeit vom Betteln abzuhalten, entstanden vor dem Hintergrund der obrigkeitlichen Sozialdisziplinierung und waren für die Obrigkeit auch deshalb von Nutzen, weil dadurch die Ausgaben für die Armenfürsorge sanken, da diese sich teilweise durch gewerbliche Produktion im Textilgewerbe selbst finanzierten.<sup>84</sup>

Auch Aschhausens Intention, die Bürgersöhne *ein Handwerk [...] zu Vermeidung des Streunens Bettlens und anderer üblen folgen erlernen*<sup>85</sup> zu lassen, ist im Kontext der sozialen Disziplinierung zu sehen, da Armen und Verwaisten durch die Erlernung eines Handwerks die Möglichkeit geboten wurde, sich selbst zu versorgen und damit zu arbeitsamen, zuverlässigen, aber auch Steuern zahlenden Untertanen zu werden. Da zur Überwindung der Armut nach zeitgenössischer Ansicht auch die Frömmigkeit gehörte, war sie im Hinblick auf Aschhausens Religiosität möglicherweise mitausschlaggebend für die Stiftungsgründung, weil das religiöse Leben innerhalb der Handwerkszünfte ihre Mitglieder an die katholische Kirche band. Dies kam in Form von gemeinsamen Gottesdienstbesuchen, der Präsentation der Gemeinschaft bei Prozessionen sowie Stiftung und Unterhalt eigener Altäre in den Pfarrkirchen zum Ausdruck.<sup>86</sup> Innerhalb der Zünfte gab es auch die Möglichkeit, Vorkehrungen gegen Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit zu treffen, um den Abstieg in die Armut zu verhindern, doch dafür mussten zunächst regelmäßig Beiträge in die Zunftkasse geleistet werden.<sup>87</sup> Dies deutet bereits darauf hin, dass Aschhausens Zuwendungen nicht vorrangig die momentane Not lindern, sondern

82 Ernst Schubert, *Arme Leute, Bettler und Gauner im Franken des 18. Jahrhunderts*, Neustadt an der Aisch 1990, S. 8.

83 Stefan Wolter, „Bedenket das Armuth“. Das Armenwesen der Stadt Eisenach im ausgehenden 17. und 18. Jahrhundert, Göttingen 2003, S. 281.

84 Imhof, *Kinderseelehaus* (wie Anm. 14), S. 135f.

85 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1777/78.

86 Wolfgang F. Reddig, *Fränkisches Rom – vom hohen Mittelalter bis in die Reformationszeit*, in: Ulrich Knefelkamp u.a. (Hrsg.), *Vielfältiges Bamberg – eine Stadtgeschichte*, Bamberg 2008, S. 9–41, hier S. 25.

87 Reddig, *Fränkisches Rom* (wie Anm. 86), S. 26.

in mittel- und langfristiger Perspektive zur sozialen Absicherung der unteren Bevölkerungsschichten beitragen sollten.

### 3.2.2. Bürgerrecht Bambergs im 18. Jahrhundert

Wie bereits einleitend erwähnt, handelt es sich bei der von Aschhausen testamentarisch vorgesehenen Zielgruppe um Männer und Frauen, die unter dem Bamberger Stadtgericht geboren worden waren. Da auf dem Deckblatt der Rechnungsbücher vermerkt ist, dass es sich hierbei um *alles Einnehmen und Ausgeben deren armen stattgerichtischen Bürgerstöchter Ehesteuer wie auch deren armen Bürgersöhn Aufding und Freisprechgeld*<sup>88</sup> handelt, waren alle Empfänger der Stiftungsgelder im Besitz des Bürgerrechts. Hierbei handelte es sich um das städtische Bürgerrecht, das den rechtlichen Stand einer Person definierte.<sup>89</sup> Dieser Rechtsstatus lässt vermuten, dass jeder, der ihn besaß, zu einer homogenen Gruppe der städtischen Bürgerschaft gehörte, in der alle Mitglieder gleiche Rechte und Pflichten besaßen. Doch innerhalb dieser Bürgerschaft gab es große sozioökonomische Unterschiede, da sowohl ein reicher Kaufmann als auch ein armer Kleinhandwerker das Bürgerrecht besitzen konnten.<sup>90</sup> Der Erwerb des Bürgerrechts war an bestimmte Bedingungen geknüpft, die von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich sein konnten. In vielen Fällen galten jedoch eine eheliche und ehrliche Geburt, der Nachweis eines bestimmten Vermögens sowie die Ausübung eines Gewerbes, das die Ernährung der Familie sicherstellen konnte, als Voraussetzungen. Daneben gab es noch den Status der rechtlich niedriger gestellten Gruppe der sogenannten Schutzverwandten oder Hintersassen, die zwar dem Schutz der Stadt gegen Bezahlung von Steuern und Abgaben unterstellt waren, jedoch nicht die rechtlichen und wirtschaftlichen Privilegien eines Bürgers genossen.<sup>91</sup>

88 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbücher von 1719/20 bis 1802/03 und 1807/08.

89 Lina Hörl, *Worin eigentlich die Wirkungen des Großen und Kleinen Bürgerrechts bestehen?* Das Bamberger Bürgerrecht im 17. und 18. Jahrhundert, in: Ada Raev/Margarete Wagner-Braun/Mirjam Schambeck (Hrsg.), *Kolloquium 2009. Beiträge Bamberger Nachwuchswissenschaftlerinnen* (Forschende Frauen in Bamberg, Bd. 2) Bamberg 2009, S. 63–95, hier S. 67.

90 Hörl, *Bamberger Bürgerrecht* (wie Anm. 89), S. 68.

91 Ulrich Rosseaux, *Städte in der Frühen Neuzeit*, Darmstadt 2006, S. 54f.



Für das Bamberger Bürgerrecht existiert kein Bürgerrechtsgesetz, in dem die statusbezogenen Rechte und Pflichten oder die Voraussetzungen zu dessen Erlangung aufgeführt sind.<sup>92</sup> Es handelte sich dabei wohl um ein seit dem Mittelalter tradiertes Gewohnheitsrecht, das keine schriftliche Fixierung erfuhr.<sup>93</sup> In Bamberg gab es außerdem die Besonderheit des kleinen und großen Bürgerrechts sowie ein Bürgerrecht für Frauen.<sup>94</sup> Das kleine Bürgerrecht war für Handwerker und das große, doppelt so teure für Handeltreibende, Gaststätten- und Brauereibetreiber vorgesehen.<sup>95</sup> In der Realität war diese Unterteilung der Berufsgruppen jedoch weitaus komplexer.

Eng verbunden mit dem eigenständigen Bürgerrecht für Frauen war dessen Erblichkeit. Falls beide Elternteile den Rechtsstatus vor der Geburt ihrer Kinder erworben hatten, wurde dieser weitergegeben und mit der Bezahlung des Feuereimergeldes<sup>96</sup> aktiviert. Da es sich bei den Nutznießern der Aschhausenstiftung laut den Rechnungsbüchern um Bürgertöchter und -söhne handelte, ist davon auszugehen, dass jeweils beide Elternteile im Besitz des Bamberger Bürgerrechts gewesen sein mussten. Allerdings stellt sich die Frage, ob das der Vorgabe Aschhausens entsprach. Denn er legte zwar in seinem Testament fest, dass die Töchter und Söhne unter dem Stadtgericht geboren und erzogen sein sollten, aber das Bürgerrecht erwähnt er nicht explizit. Vermutlich entsprachen Aschhausens Formulierungen aber dem damaligen Sprachgebrauch, sodass Zeitgenossen voraussetzten, dass es sich hierbei um Bürgerkinder handelte. Eindeutig ließe sich dies aber nur durch Rechnungsbücher oder weitere Quellen aus den Anfangszeiten der Stiftung klären. Es liegt jedoch nahe, dass die vorgesehenen Empfänger der Gelder Bürgerkinder sein mussten, da das Bürgerrecht wie vielerorts auch in Bamberg Voraussetzung für die Ausübung eines Handwerksberufes war.<sup>97</sup> Da es sich bei der Bamberger Bürgerschaft vermutlich um eine Minderheit der Stadtbevölkerung handelte, un-

92 Hörl, Bamberger Bürgerrecht (wie Anm. 89), S. 75.

93 Hörl, Bamberger Bürgerrecht (wie Anm. 89), S. 75.

94 Hörl, Bamberger Bürgerrecht (wie Anm. 89), S. 78.

95 Lina Hörl, Von Schustern, Schneidern und Zitronenkrämern. Die Bürgerbücher der Stadt Bamberg von 1625 bis 1819, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 28 (2010), S. 79–98, hier S. 79.

96 Hörl, Bamberger Bürgerrecht (wie Anm. 89), S. 79, Anmerkung 70. Die Verordnung von 1757 schreibt für die Bamberger Bürgerkinder eine Gebühr von 4 fl. vor.

97 Hörl, Bürgerbücher (wie Anm. 95), S. 82.

terstützte und förderte Aschhausen, möglicherweise bewusst, eine exklusive Gruppe, die jedoch nicht quantifiziert werden kann.<sup>98</sup>

### 3.3. Nutznießer der Stiftung und Verwendung der Stiftungsmittel

Insgesamt erhielten in der Zeit von 1719 bis 1808 1.238 Bürgertöchter und -söhne Aussteuerpräbenden, Aufding- und Freisprechgelder sowie diverse Almosen und Beiträge von der Aschhausenstiftung. Davon waren 176 Frauen und 1.062 Männer. Anhand dieser Zahlen ist erkennbar, dass innerhalb der untersuchten 85 Jahre erheblich mehr Bürgersöhne Stiftungsgelder erhielten als Bürgertöchter und dass die Anzahl der jährlich Unterstützten höher lag als testamentarisch vorgesehen. Demnach sollten jeweils zwei Bedürftige pro Jahr Gelder erhalten, was bei den Frauen auch weitgehend eingehalten wurde. Bei den Männern scheint es auf den ersten Blick eindeutig, dass es mehr Nutznießer gab als von Aschhausen intendiert. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass die Ausgaben in den Rechnungsbüchern nicht pro Bürgersohn aufgeführt wurden, sondern Jahr für Jahr fortlaufend. Das bedeutet, dass ein Bürgersohn nicht nur ein-, sondern zweimal oder auch mehrmals in den Rechnungen auftauchen kann, weil zum Beispiel einmal das Aufdinggeld und nach der Lehrzeit das Freisprechgeld für dieselbe Person gezahlt wurde. Geht man von der Annahme aus, dass jeder der Bürgersöhne zweimal in den Rechnungsbüchern erfasst wurde, entspräche das einer Anzahl von jährlich sechs Nutznießern und somit dreimal mehr als vorgesehen. Eine diesbezügliche Auswertung für 200 klar identifizierbare Bürgersöhne hat ergeben, dass 31 Namen doppelt vorkommen, zwei Personen dreimal und eine sogar viermal genannt werden, was bedeutet, dass die restlichen 128 Bürgersöhne nur einmal einen Beitrag von der Stiftung erhalten haben. Die Drei- und Vierfachnennungen sind dadurch zu erklären, dass einige Personen zusätzlich zum Aufding- und Freisprechgeld noch als „Almosen“ oder „Insgemein“ bezeichnete Zuwendungen bekamen, die häufig nicht näher definiert wurden. Aufgrund der differierenden Schreibweisen der Vor- und Nachnamen sowie der uneinheitlichen Herkunfts- und Lehrberufangaben ist es meist nicht möglich, nur anhand der Art der Zuwendung und der Rechnungsjahre zu bestimmen, ob es sich um eine oder mehrere Personen handelt. Bei den

98 Hörl, Bamberger Bürgerrecht (wie Anm. 89), S. 89.

folgenden Ausführungen geht es deshalb nicht darum, exakt zu bestimmen, wieviele arme Bürgersöhne zum Beispiel den Beruf des Schneiders erlernt haben, sondern es sollen eventuell auftretende Tendenzen aufgezeigt werden, die mit anderen Studien verglichen werden, um sie zu bestätigen oder zu widerlegen. Trotz der statistischen Ungenauigkeiten zeigen die vorhandenen Berufe die Gewerbevielfalt innerhalb des Bamberger Stadtgerichts auf.

### **3.3.1. Bürgersöhne**

Insgesamt unterstützte die Aschhausenstiftung in der Zeit von 1719 bis 1808 1.062 Bürgersöhne<sup>99</sup> durch Aufding- und Freisprechgelder sowie diverse Almosen und Beiträge. Da darunter nur 83 Personen ohne Angabe des Lehrberufs waren, kann mit Hilfe der gesammelten Daten das Berufsspektrum für diesen Zeitraum dargestellt und daraus Anhaltspunkte zur Gewerbestruktur im Bereich des Stadtgerichts gewonnen werden. Bei 31 von 83 Fällen ohne Lehrberufsangabe ist zwar der Beruf des Vaters angegeben, doch da es keinen Hinweis darauf gibt, dass die Söhne dieselben Berufe erlernten wie ihre Väter, wäre ein derartiger Rückschluss nicht begründbar.

<sup>99</sup> Hier sind die unter 3.3.4 aufgeführten Nutznießer außerhalb der Stifterintention inbegriffen, außer den zwei Bürgertöchtern.

<b>Handwerk</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Handwerk</b>	<b>Anzahl</b>
Schneider	126	Maler	4
Altmacher	100	Müller	4
Schuhmacher	81	Kupferschmied	3
Schreiner	68	Metzger	3
Maurer	48	Stricker / Strumpfstricker	3
Tuchmacher	39	Apotheker	2
Büttner	35	Färber	2
Perückenmacher	30	Gürtler	2
Schlosser	28	Jäger	2
Beutler	26	Lustgärtner	2
Hutmacher	26	Maurer und Steinhauer	2
Tüncher	26	Nagelschmied	2
Kürschner	23	Rotgerber	2
Buchbinder	20	Schwertfeger	2
Bader	18	Turmwächter	2
Bortenmacher	16	Wagner	2
Knopfmacher	16	Blumengärtner	1
Pflasterer	16	Bohrerschmied	1
Zimmermann	16	Bürstenbinder	1
Häfner	13	Fischer	1
Fläschner	12	Gärtner	1
Bäcker	11	Goldschmied	1
Glaser	10	Händler	1
Zeugmacher	9	Kunstgärtner	1
Zinngießer	9	Maler- und Bilderstecher	1
Büchsenmacher	7	Orgel- und Geigenmacher	1
Weber	7	Orgelmacher	1
Buchdrucker	6	Schieferdecker	1
Koch	6	Schreib- und Rechnungszunft	1
Tuchscherer	6	Steinhauer	1
Barbier	5	Täschner	1
Bildhauer	5	Uhrmacher	1
Chirurg	5	Weißbüttnr	1
Drechsler	5	Zuckerbäcker	1
Sattler	5	ohne Angabe	83
Weißgerber	5		

Tabelle 1: Anzahl der unterstützten Berufe von 1719 bis 1808.<sup>100</sup>

<sup>100</sup> Für die Berufsbezeichnungen wurden die modernen Begriffe nach der Gerholz-Kartei verwendet, vgl. Heinrich Gerholz, Gerholz-Kartei. Eine Sammlung alter Berufsbezeichnungen, Lübeck 2005.

Wie anhand von Tabelle 1 zu erkennen ist, wurde der Beruf des Schneiders quantitativ am häufigsten erlernt. Nach Umfang und Alter der Zünfte gehörte er zu den bedeutendsten Gewerben der vorindustriellen Zeit.<sup>101</sup> Da Bamberg im süddeutschen Raum zu den größeren Städten in der Frühen Neuzeit zählte, ist es möglich, dass es dort „Hunderte“<sup>102</sup> davon gab. In den Bamberger Bürgerbüchern ist diese Berufsgruppe in der Zeit von 1625 bis 1819 ebenfalls häufig verzeichnet,<sup>103</sup> und auch aus der Studie von Otto Morlinghaus<sup>104</sup> geht hervor, dass es im 18. Jahrhundert viele Schneider in Bamberg gab. Da der Beruf des Schneiders zu den ärmsten und wenig kapitalintensiven Gewerben gerechnet werden kann, überrascht es nicht, dass er in den untersuchten Quellen am häufigsten vorkommt, denn die Stiftung leistete zwar einen Beitrag zu den Aufding- und Freisprechkosten, doch mit einer Handwerkslehre waren noch weitere Auslagen verbunden, wie zum Beispiel die Ausstattung mit Kleidung und Werkzeug. Da diese beim Schneiderhandwerk sehr gering ausfielen, wurde dieser Beruf vor allem von Angehörigen der unteren sozialen Schichten erlernt.

Auch eine Reihe anderer Berufe wurde typischerweise von der ärmeren Bevölkerungsschicht ausgeübt, wie zum Beispiel der des Altmachers, auch Flickschuster genannt. In Bamberg war dies ebenfalls ein verbreiteter Beruf, und er ist mit 100 Nennungen am zweithäufigsten im untersuchten Zeitraum unterstützt worden. Er wurde vom Beruf des Schuhmachers unterschieden, da ein Altmacher keine neuen Schuhe herstellen, sondern sie nur reparieren durfte. Wegen dieser Abgrenzung kam es in Bamberg bereits um 1400 zu einem Streit, bei dem die Schuhmacher beklagten, dass die Flickschuster auch neue Schuhe herstellten, sich aber der damit verbundenen Qualitätskontrolle durch die Zunftmeister entzogen.<sup>105</sup> Die Schuh-

101 Wilfried Reininghaus, *Gewerbe in der frühen Neuzeit* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 3), München 1990, S. 32.

102 Reininghaus, *Gewerbe* (wie Anm. 101), S. 32.

103 Hörl, *Bürgerbücher* (wie Anm. 95), S. 90.

104 Otto Morlinghaus, *Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte des Fürstbistums Bamberg im Zeitalter des Absolutismus* (Erlanger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Neue Folge 3), Erlangen 1940, S. 118. Die Studie von Otto Morlinghaus weist gravierende methodische Mängel auf, da die zugrunde liegende Quellenbasis für sein Zahlenmaterial nicht erläutert wird.

105 Wolfgang F. Reddig, *Handwerker und ihre Organisation in Bamberg. Von der Zunft zum Gewerbs-Verein* (Darstellungen und Quellen zur Geschichte Bambergs, Bd. 3), Bamberg 1991, S. 10.

macher beriefen sich dabei auf die Einhaltung des „Nahrungsprinzips“<sup>106</sup>, das der Sicherung des Lebensunterhalts diene und das sie durch die hohe Anzahl an Altmachermeistern, die auf ihren Produktionsbereich übergriffen, gefährdet sahen. Ob diese Trennung bis ins 18. Jahrhundert eingehalten wurde, ist jedoch fraglich.<sup>107</sup> Diese Abgrenzung bedeutete aber nicht, dass die Schuhmacher aufgrund ihrer Produktionstätigkeit, zu der auch der Verkauf des hergestellten Schuhwerks gehörte, zu den besser verdienenden Gewerben Bambergs zu rechnen sind. Da sie, wie die Altmacher, zu den lederverarbeitenden Berufen zählten, die in Bamberg zu den weniger vermögenden gehörten, sind sie dementsprechend mit 81 Lehrjungen vertreten.<sup>108</sup> Aufgrund der geringen Qualifikations- und Kapitalvoraussetzungen dieser beiden Handwerke entwickelten sie sich frühzeitig zu den zahlenmäßig größten, was sich auch bei der Untersuchung der Stiftung zeigt, da die beiden Berufe 17 Prozent aller unterstützten Bürgersöhne ausmachen.<sup>109</sup>

An vierter Stelle rangiert der Beruf des Schreiners mit 68 Nennungen, der ebenfalls zu den Massenhandwerken des 18. Jahrhunderts zu rechnen ist. Diese vier Berufe werden insgesamt 375-mal genannt und entsprechen somit mehr als einem Drittel aller aufgeführten Lehrjungen. Ein Vergleich mit den Studien von Elkar über das Herbergsbuch einer Bamberger Gesellenherberge und der Untersuchung der Patientenlisten des Gesellenkrankeninstituts von Hörl zeigt, dass hier Schneider, Schuster und Schreiner ebenfalls auf den ersten Plätzen stehen.<sup>110</sup> Zwar beschränken sich die Daten dieser Arbeiten nur auf wenige Jahre am Ende des 18. Jahrhunderts und erfassen nur die Gesellen in den jeweiligen Berufen, doch aufgrund der

106 Arnd Kluge, *Die Zünfte*, Stuttgart 2007, S. 278.

107 Reddig schreibt, dass „noch im Jahre 1786 die Herstellung neuer Schuhe durch die Flickschuster die Gemüter der Bamberger Schuster“ bewegte, macht dazu aber keine weiteren Angaben. Reddig, *Handwerker* (wie Anm. 105), S. 10.

108 Zeno Hippke, *Zur Erforschung der frühneuzeitlichen Sozialstruktur Bambergs. Die Steuerrevision im Stadtgericht von 1767*, in: Häberlein u.a. (Hrsg.), *Bamberg in der Frühen Neuzeit* (wie Anm. 78), S. 223–260, hier S. 249.

109 Reinhold Reith (Hrsg.), *Das alte Handwerk. Von Bader bis Zinngießer*, München 2008, S. 220.

110 Rainer S. Elkar, *Wandernde Gesellen in und aus Oberdeutschland. Quantitative Studien zur Sozialgeschichte des Handwerks vom 17. bis zum 19. Jahrhundert*, in: Ulrich Engelhardt (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert* (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 37), Gerlingen 1984, S. 262–293, hier S. 269 und Lina Hörl, *Bey einer ihn anfallen könnenden Krankheit. Das Gesellenkrankeninstitut in Bamberg von 1789 bis 1803*, in: Häberlein u.a. (Hrsg.), *Bamberg in der Frühen Neuzeit* (wie Anm. 78), S. 347–372, hier S. 365–367.

Parallelen müssen sie an dieser Stelle erwähnt werden. Auch in den Bamberger Bürgerbüchern, die einen Zeitraum von knapp 200 Jahren erfassen, sind diese Berufe mit zahlreichen Nennungen vertreten, was die Tendenz bestätigt.<sup>111</sup> Da in den Bürgerbüchern nur die Neueinschreibungen von Bamberger Bürgern erfasst sind, kommen hier beispielsweise die Gärtner und Häcker als Spezifikum der Bamberger Gewerbestruktur sehr häufig vor, während diese Berufe, ebenso wie der des Fischers, nur sehr selten von armen Bürgersöhnen erlernt wurden. Die Büttner hingegen, die zahlenmäßig zu den drei stärksten Gewerben gehörten und daher auch in den Bürgerbüchern am häufigsten erwähnt werden, kommen in den Rechnungsbüchern mit 35 Nennungen verhältnismäßig oft vor.

Relativ häufig vertreten sind auch Maurer- und Tüncherlehrjungen mit 48 beziehungsweise 26 Nennungen sowie die ebenfalls dem Baugewerbe zuzurechnenden Pflasterer und Zimmerleute mit jeweils 16 Erwähnungen. Es ist denkbar, dass das häufige Auftreten dieser Berufe mit der regen Bautätigkeit der Bamberger Fürstbischöfe in dieser Zeit in Verbindung steht. Da unter Lothar Franz von Schönborn (1693–1729) die Barockisierung Bambergs einsetzte und unter der Herrschaft seines Neffen Friedrich Karl von Schönborn (1729–1746) fortgeführt wurde, entwickelte sich das Bauwesen zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig der Stadt.<sup>112</sup> Nach Gunzelmann nahm seit Mitte des 18. Jahrhunderts die Baukonjunktur ab, was er am Beispiel der Anzahl der Maurer in der Stadt, das sich jedoch auf die ältere problematische Studie von Morlinghaus stützt, aufzeigt.<sup>113</sup> Demnach gab es 1731 23 Maurer, deren Zahl bis 1750 auf 44 anstieg und anschließend bis zum Jahr 1799 auf 26 sank.<sup>114</sup> Dieser Trend lässt sich anhand der Einträge in den Rechnungsbüchern nicht bestätigen, da 46 der 48 erwähnten Maurer nach 1750 einen Beitrag zur Lehre erhielten, davon allein 20 in der Zeit von 1760 bis 1770. Erst danach ist eine allmähliche Abnahme festzustellen, was möglicherweise mit der rückläufigen Bautätigkeit aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation zu Beginn dieses

111 Hörl, Bürgerbücher (wie Anm. 95), S. 90.

112 Andrea Wittkamp-Renczes, Barocke Residenzstadt – Vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis zur Säkularisation 1803, in: Knefelkamp u.a. (Hrsg.), Vielfältiges Bamberg (wie Anm. 86), S. 42–67, hier S. 56–59.

113 Thomas Gunzelmann, Die Kunstdenkmäler von Oberfranken – Stadt Bamberg. Bd. 1: Stadtdenkmal und Denkmallandschaft. Teilband 1: Stadtentwicklungsgeschichte (Die Kunstdenkmäler von Bayern, Regierungsbezirk Oberfranken, III.1.1), Bamberg/München 2012, S. 407.

114 Morlinghaus, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 104), S. 117.

Jahrzehnts zusammenhängen könnte.<sup>115</sup> Doch nicht nur bei den Maurern, sondern auch bei den anderen aufgeführten Berufen aus dem Baugewerbe ist ab 1770 ein Rückgang erkennbar. So werden nach 1770 von 26 Tüncnern und 16 Pflasterern jeweils sechs und von 16 Zimmermännern nur zwei erwähnt.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, wurden neben dem Schneiderhandwerk noch weitere Berufe des Textil- und Bekleidungssektors erlernt, wie zum Beispiel der des Tuchmachers mit 39 Nennungen, des Hutmachers mit 26- sowie des Borten- und Knopfmachers mit jeweils 16 Lehrjungen. Darin bestätigen sich auch die Ergebnisse aus Hippkes Studie zur Steuerrevision im Stadtgericht von 1767, die zeigt, dass die textil- und kleidungsherstellenden Berufe unterdurchschnittliche Vermögenswerte aufwiesen. Auch Angehörige der leder- und metallverarbeitenden Branchen zählten zu den weniger wohlhabenden, weshalb es nicht erstaunt, dass neben den Alt- und Schuhmachern auch Beutler und Kürschner jeweils 26 und 23-mal sowie die Schlosser mit 28 Lehrjungen vertreten sind.<sup>116</sup>

Da im 18. Jahrhundert der barocke Lebensstil der Oberschicht die Nachfrage nach Erzeugnissen bestimmter Handwerkszweige ansteigen ließ, werden auch die Perückenmacher 30-mal aufgeführt. Da bei dem einzigen erwähnten Gärtner vermerkt ist, dass dieser *auf dem Seehof*<sup>117</sup> tätig war, wäre auch vorstellbar, dass die verschiedenen Spezialisierungen des Gärtnerberufes, also der *Lust*-<sup>118</sup>, *Blumen*-<sup>119</sup> und *Kunstgärtner*<sup>120</sup>, die jeweils nur ein- bis zweimal genannt werden, speziell für barocke Gartenanlagen zuständig waren. Unter den Lehrjungen finden sich auch drei explizit genannte Hofhandwerker, nämlich zwei *Hofbuchdrucker*<sup>121</sup> und ein *Hofzimmermann*<sup>122</sup>. Das deutet darauf hin, dass es möglicherweise mehrere Berufe gab, die mit der Ausrichtung auf den fürstlichen Hof erlernt wurden, wie zum Beispiel

115 Gunzelmann, Stadtentwicklungsgeschichte (wie Anm. 113), S. 419.

116 Hippke, Steuerrevision (wie Anm. 108), S. 249.

117 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1753/54, fol. 8.

118 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1731/32, fol. 8; 1736/37, fol. 13.

119 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1782/83, fol. 3v.

120 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1779/80, fol. 4r.

121 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1770/71, fol. 4; 1786/87, fol. 4v.

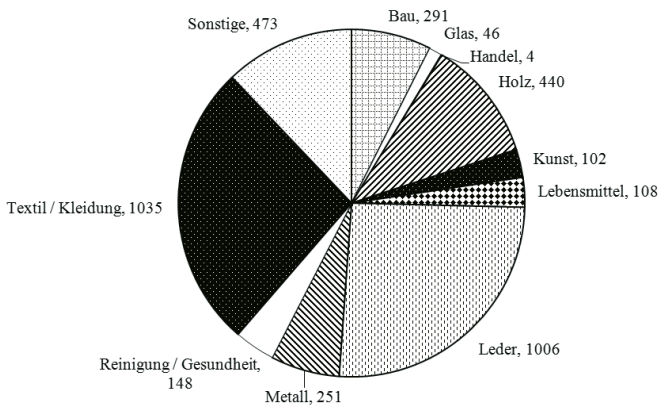
122 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1748/49, fol. 14.



der des *Goldschmieds*<sup>123</sup>, *Uhrmachers*<sup>124</sup>, *Orgel- und Geigenmachers*<sup>125</sup> oder auch die Spezialisierung des *Zuckerbäckers*<sup>126</sup>.

Da aus Tabelle 1 sämtliche erlernten Berufe ersichtlich sind, wird darauf verzichtet, auf jede Tätigkeit im Einzelnen einzugehen. Dennoch wird deutlich, dass es eine Vielzahl an Berufstätigkeiten und Spezialisierungen gab. Zwar handelt es sich hier nur um einen kleinen Ausschnitt, der nicht die gesamte Berufsstruktur des Bamberger Stadtgerichts repräsentieren kann, doch zeigen sich im Vergleich mit anderen Studien gewisse Schwerpunkte im Gewerbespektrum.

Mit Hilfe der Rechnungsbücher kann jedoch nicht nur die Häufigkeit der einzelnen Berufe analysiert werden, sondern auch, welche Summen die jeweiligen Branchen im Untersuchungszeitraum von der Stiftung erhalten haben. Deshalb wurden sämtliche erlernten Handwerksberufe des Untersuchungszeitraums in Kategorien eingeteilt, um eine Aussage darüber treffen zu können, welche Branchen die meisten Stiftungsgelder erhielten.



Grafik 1: Ausgaben in fränkischen Gulden (gerundet) pro Berufskategorie

- 123 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1738/39, fol. 9.  
 124 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1782/83, fol. 2v.  
 125 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1784/85, fol. 2v.  
 126 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1773/74, fol. 5.

Wie anhand von Grafik 1 zu erkennen ist, floss in der Zeit von 1719 bis 1808 ein großer Teil der Stiftungsgelder in die Textil- und Kleidungsberufe<sup>127</sup>, was mit der Zugehörigkeit der Schneider zu dieser Branche zu erklären ist, da sie quantitativ die meisten Lehrlinge verzeichneten. Von den 1.035 ausgegebenen Gulden entfallen 391 Gulden auf die Schneider, 170 Gulden auf die Tuchmacher, 110 Gulden auf die Perückenmacher und 132 Gulden auf die Hutmacher. Damit erhielten diese vier Handwerksberufe über 77 Prozent der Gelder aus dem Bereich Textil und Bekleidung und fast 21 Prozent aller Aufwendungen, die für die Erlernung von Handwerksberufen gezahlt wurden. Umgerechnet auf die Einzelnennungen der jeweiligen Berufe, wurden in dieser Kategorie durchschnittlich fast sechs Gulden pro erwähntem Tuchscherer und Strumpfstricker gezahlt, einem Schneider hingegen nur etwa drei Gulden. Annähernd dieselben Zahlungen erhielten die lederverarbeitenden Berufe<sup>128</sup>, da hierzu die Alt- und Schuhmacher gehören, für die insgesamt 763 Gulden gezahlt wurden, was beinahe 76 Prozent in der Kategorie Leder und etwa 20 Prozent der Gesamtausgaben entspricht. Ein Gesamtbetrag von 122 Gulden wurde an die Beutler gezahlt, die innerhalb der Kategorie mit fast fünf Gulden den höchsten Durchschnittswert pro aufgeführtem Lehrling aufweisen. In der Kategorie „Sonstige“ wurden neben den Lehrlingen ohne Berufsangabe, die von 473 Gulden insgesamt 355 Gulden erhalten haben, auch die Buchbinder und Buchdrucker sowie die Turmwächter, der Bürstenbinder und der Angehörige der Schreib- und Rechnungszunft zusammengefasst.

Ebenfalls höhere Summen kamen den holzverarbeitenden<sup>129</sup> Lehrberufen zugute. Von 440 Gulden erhielten die Schreiner 243 Gulden und die Büttner 126 Gulden. Der nächstgrößere Posten entfällt auf das Baugewerbe<sup>130</sup>, bei dem die Maurer mit einem Gesamtbetrag von 152 Gulden über 52 Prozent der Gelder für diese Branche erhielten. Die metallverarbeitenden<sup>131</sup> Berufe verzeichnen insgesamt 251 Gulden, wobei 74 Gulden an Schlosser und jeweils 53 Gulden an Fläschner und Zinngießer gezahlt wurden. Auffällig ist, dass pro genanntem Zinngießer durchschnittlich fast

127 Hierzu zählen Schneider, Tuch-, Perücken-, Hut-, Knopf-, Borten- und Zeugmacher, Tuchscherer, Strumpfstricker und Weber.

128 Darunter fallen Altmacher, Schuster, Beutler, Kürschner, Sattler, Weiß- und Rotgerber sowie Täschner.

129 Dazu gehören Schreiner, Büttner, Zimmerleute, Drechsler und Wagner.

130 Dieses umfasst Maurer, Steinhauer, Tüncher, Pflasterer und Schieferdecker.

131 Dazu gehören Schlosser, Fläschner, Gürtler, Zinngießer, Büchsenmacher, Schwertfeger, Kupfer-, Nagel-, Gold- und Bohrrschmied.

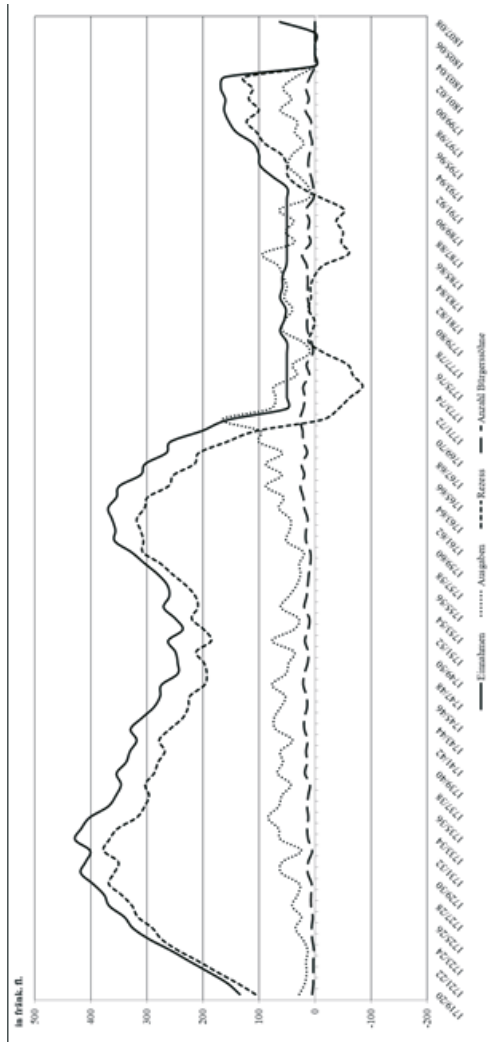
sechs Gulden ausgezahlt wurden, ein Schlosser hingegen unter drei Gulden, also weniger als die Hälfte erhielt. Verhältnismäßig hohe Beträge weisen die Berufe aus der Kategorie Reinigung und Gesundheit auf, wozu die Apotheker, Bader, Barbieri und Chirurgen gehören. Insgesamt wurden diese Berufe nur 30-mal erwähnt, erhielten aber zusammen 148 Gulden. Der Großteil davon wurde an Apotheker und Barbieri mit jeweils über acht Gulden pro genanntem Lehrlingen ausgezahlt. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass der durchschnittliche Auszahlungsbetrag pro Barbierslehrlingen, aufgrund einer Zuwendung in Höhe von 32 Gulden an Franz Michael Meissner deutlich nach oben verzerrt ist.<sup>132</sup> Berufe aus dem Lebensmittelbereich sind in den Rechnungsbüchern eher selten zu finden, weshalb auf diese Kategorie nur 108 Gulden, also nicht einmal drei Prozent der Gesamtaufwendungen, entfallen. In der Kategorie Kunst wurden einige Berufe zusammengefasst, die eine künstlerische Begabung voraussetzen oder ein feinmotorisches und kreatives Arbeiten verlangten. Hierzu gehören die Häfner, Bildhauer, Maler (und Bilderstecher), Orgel- und Geigenmacher, Uhrmacher sowie die verschiedenen Kunstgärtner. Einige davon werden nur ein- oder zweimal genannt, wobei pro Person meist vier bis fünf Gulden gezahlt wurden und die Häfner mit 42 Gulden knapp die Hälfte der Gesamtsumme von 102 Gulden erhielten. Die beiden kleinen Kategorien Glas, in der nur Glaser vorkommen, und Handel, zu der nur ein Händler gehört, machen nur einen minimalen Teil der Aufwendungen aus.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die für die Erlernung eines Handwerks vorgesehenen Stiftungsgelder zu 52 Prozent für Berufe verwendet wurden, die der Textil- und Kleidungsherstellung sowie der Lederverarbeitung zuzuordnen sind. Das bedeutet, dass die Nutznießer der Stiftung, die Angehörige der Unterschicht aus dem Bereich des Bamberger Stadtgerichts waren, vorwiegend diese Handwerke erlernten, was in den meisten Fällen vermutlich damit zu begründen ist, dass deren Erlernung mit geringen Kosten verbunden war. Welchen Nutzen die Zahlungen aus der Stiftung letztendlich für den Einzelnen in seiner Handwerkerlehre hatten, kann nicht beantwortet werden. Dies würde unter anderem Kenntnisse über die Höhe der anfallenden Kosten der jeweiligen Berufe in Bamberg im 18. Jahrhundert erfordern. Allerdings bestünde dann immer noch das Problem, dass die Höhe der Lehrkosten nicht nur arbeitsmarktabhängig war, sondern auch auf

Verhandlungen zwischen Meister und Vertreter des Lehrlings beruhte.<sup>133</sup> Zudem gab es die Möglichkeit, die Lehrzeit zu verlängern oder dem Lehrling einen Teil der Kosten zu erlassen, wenn dieser zu arm war, was in Anbetracht der hier behandelten Klientel möglicherweise öfter vorkam.<sup>134</sup> Da jedoch aus den Rechnungsbüchern nicht hervorgeht, über welches Vermögen die Nutznießer verfügten, was nicht nur Rückschlüsse auf deren Möglichkeiten zur Deckung der Lehrkosten, sondern gleichzeitig auf die Berücksichtigung der Stifterintention durch die Pfleger zuließe, kann nur schwer eine Aussage über den Nutzen der Stiftung getroffen werden. Allerdings gibt es in den vorhandenen Rechnungsprotokollen einige Hinweise, die eine annähernde Beantwortung dieser Fragen erlauben. Um diese vor dem Hintergrund der Stiftungswirklichkeit besser einordnen zu können, ist es jedoch notwendig, die Entwicklung der Stiftung im gesamten Untersuchungszeitraum zu betrachten. Mit Hilfe von Grafik 2 sollen deshalb nicht nur die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung für die armen Bürgersöhne, sondern auch die Anzahl der Nutznießer dargestellt werden.

133 Kluge, Zünfte (wie Anm. 106), S. 154.

134 Kluge, Zünfte (wie Anm. 106), S. 155f.



Grafik 2: Einnahmen und Ausgaben für Bürgersöhne von 1719 bis 1808<sup>135</sup>

135 Bei den Ausgaben wurden die entstandenen Passivrezesse nicht berücksichtigt, um - anders als in den Rechnungsbüchern aufgeführt - die konkreten Ausgaben für arme Bürgersöhne darstellen zu können.

Da im gesamten Untersuchungszeitraum sowohl die Anzahl der unterstützten Bürgersöhne als auch die Ausgaben für dieselben beinahe jährlich voneinander abweichen, kann nur anhand von Durchschnittswerten eine Aussage über die Entwicklung der Stiftung getroffen werden. Wie bereits erklärt, wurde ein Kapital von 1.000 Gulden bei der *Hochfürstlichen Obereinnahme* mit einer Verzinsung von fünf Prozent angelegt, sodass jährlich 50 Gulden Zinseinnahmen zur Verfügung standen, die laut Fundation des Stifters dafür eingesetzt werden sollten, jedes Jahr zwei armen Bürgersöhnen die Erlernung eines ehrlichen Handwerks zu ermöglichen. Anhand von Grafik 2 ist zu sehen, dass die Einnahmen zu Beginn des Untersuchungszeitraumes 134 Gulden betragen, was bedeutet, dass aus dem Rechnungsjahr 1718/19 ein Rezzess von 84 Gulden bestand. Aufgrund der Höhe dieses Saldos ist davon auszugehen, dass in der Zeit vor 1719 über mehrere Jahre hinweg weniger als vorgesehen ausgegeben wurde, da es ansonsten kaum möglich gewesen wäre, dass sich ein solcher Betrag summieren konnte. Dieser Trend wurde noch weitergeführt bis zum grafischen Höhepunkt im Jahre 1733/34, in dem Einnahmen in Höhe von 428 Gulden verbucht wurden. Bis dahin schwankte sowohl die Höhe der Ausgaben als auch die Anzahl der unterstützten Bürgersöhne. Die geringsten Ausgaben lassen sich bis zu diesem Zeitpunkt für 1723/24 (13 Gulden) erkennen und die höchsten im Rechnungsjahr 1730/31 (60 Gulden). In diesem Jahr erhielten 13 Bürgersöhne eine Zuwendung, was bis zu diesem Zeitpunkt den Spitzenwert darstellte. 1723/24 erhielten dagegen nur zwei Bürgersöhne Unterstützung, bekamen jedoch durchschnittlich höhere Beträge. Allerdings wurden die 13 Gulden bei genauerer Betrachtung sehr ungleich verteilt, da einer der beiden fast elf Gulden Freisprechkosten in der Knopfmacherlehre<sup>136</sup> erhielt und der andere nur zwei Gulden für die Freisprechung im Fläschnerhandwerk.<sup>137</sup> In dieser ersten Phase stiegen der Rezzess und folglich die Einnahmen kontinuierlich an, da jährlich weitaus geringere Summen an die Armen gezahlt wurden, als möglich gewesen wäre. Abgesehen von den Jahren 1730/31 und 1731/32 wurden nicht einmal die Zinseinnahmen ausgegeben.

In den nächsten 15 Jahren sank der Rezzess stetig, sodass die Einnahmen 1749/50 noch 245 Gulden betragen. Wie anhand der Grafik zu erkennen ist, wurden in dieser zweiten Phase höhere Ausgaben getätigt als zu Beginn des Untersu-

136 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1723/24, fol. 9.

137 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1723/24, fol. 10.

chungszeitraumes. Allerdings wurden proportional dazu auch mehr Bürgersöhne unterstützt, sodass pro Lehrjunge durchschnittlich weniger ausgegeben wurde als in der ersten Phase. So wurden in der Zeit von 1719/20 bis 1733/34 im Durchschnitt sechs Bürgersöhne pro Jahr mit fünf Gulden unterstützt und von 1734/35 bis 1749/50 im Mittel 15 Söhne mit vier Gulden. Eine Ausnahme bildet lediglich das Jahr 1735/36, in dem der Durchschnittswert pro Bürgersohn sieben Gulden beträgt und somit auffällig hoch ist. Grund dafür ist zum einen die Zahlung von 32 Gulden Freisprechkosten an den Barbierslehrlingen Franz Michael Meissner<sup>138</sup> und eine Ausgabe in Höhe von 15 Gulden für den Klosterkandidaten Caspar Schwab<sup>139</sup>. Diese steigende Zahl der Nutznießer könnte auf den demographischen Zuwachs im 18. Jahrhundert zurückzuführen sein, infolge dessen auch die Zahl der Armen stieg.<sup>140</sup> Dadurch sahen sich die für die Auszahlungen Zuständigen womöglich gezwungen, mehr Bürgersöhnen Gelder auszuzahlen, und entfernten sich dadurch immer weiter vom Stifterwillen. Ein Vergleich von Ausgaben und Empfängerzahlen der Jahrzehnte bis 1770 zeigt, dass letztere von durchschnittlich vier bis fünf pro Jahr in den 1720er Jahren auf 19 in den 1760er Jahren anstieg und sich somit fast verfünffachte. Zwar stiegen auch die jährlichen Ausgaben von etwa 24 Gulden in den 1720er bis auf 66 Gulden in den 1760er Jahren, doch erhielt jeder Empfänger nur noch drei bis vier Gulden anstatt fünf bis sechs Gulden, was bedeutet, dass der Nutzen für den Einzelnen statistisch gesehen abnahm.

In der Zeit von 1769/70 bis einschließlich 1771/72 verzeichnet die Stiftung die bis dahin höchsten Ausgaben während des Untersuchungszeitraums. Im Rechnungsjahr 1769/70 lagen diese erstmals über 100 Gulden, im Folgejahr bei 98 Gulden und 1771/72 schließlich bei 167 Gulden, was der höchsten Auszahlungssumme innerhalb von 85 Jahren entspricht. In diesem Rechnungsjahr entstand zum ersten Mal ein negativer Rezess, der bis 1774/75 einen Tiefpunkt von 85 Gulden erreichte. Dieser krisenhafte Einschnitt ist mit witterungsbedingten Missernten zu erklären, die in den Jahren 1770 bis 1772 Ursache für massive Getreideteuerungen in fast ganz Europa waren und auch in Bamberg eine Hungerkrise auslösten.<sup>141</sup>

138 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1735/36, fol. 9.

139 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1735/36, fol. 11.

140 Mark Häberlein/Johannes Staudenmaier, Bamberg, in: Wolfgang Adam/Siegrid Westphal (Hrsg.), Handbuch kultureller Zentren der Frühen Neuzeit. Städte und Residenzen im alten deutschen Sprachraum, Bd. 1, Berlin/New York 2012, S. 51–87, hier S. 57.

141 Schneider, Teuerung (wie Anm. 78), S. 261.

Um die Folgen der dadurch angestiegenen Zahl von Krankheitsfällen zu lindern, leistete die Aschhausenstiftung 1771/72 einen Beitrag von 20 Gulden.<sup>142</sup> Infolge der Missernte stiegen jedoch nicht nur die Preise für Getreide, sondern auch für andere Produkte wie Fleisch und Brennstoff.<sup>143</sup> Auch der Gewerbe- und Dienstleistungssektor wurde von der Teuerung getroffen, da die Bevölkerung ihr gesamtes verfügbares Einkommen für Lebensmittel ausgeben musste, was zu Umsatzeinbrüchen in anderen Gewerbebezweigen führte.<sup>144</sup>

Die Krise ist deutlich an den Umsätzen der Stiftung erkennbar, da sie vor allem die Unterschicht hart traf und die Zahl der Bedürftigen in der Stadt anstieg. Um deren Not zu lindern, schränkten die Stiftungspfleger zunächst, trotz der negativen Rezesse, die Auszahlungsbeträge von 1772/73 bis 1774/75 nur geringfügig ein und ließen im Mittel jährlich 20 Bedürftigen Stiftungsgelder zukommen. Im Jahr darauf halbierte sich jedoch die Nutznießeranzahl und die Ausgaben betragen nur noch 33 Gulden. Trotz der Ermahnung im Revisionsprotokoll, man solle künftig *niemanden über 2 höchstens 2,5 Gulden und wann er kein Bürgerssohn ist, gar nichts*<sup>145</sup> auszahlen, bekam zum Beispiel der Baderlehrling Carl Linder jeweils vier Gulden Aufding- und Freisprechgeld<sup>146</sup> – vielleicht weil er der Sohn eines *Ratsverwandten* war. Außerdem kritisierte man, wie bereits erwähnt, die hohe Zahlung von Stiftungsgeldern an den Judenjungen Conrad Gernrath, da dieser in den Krisenjahren 1771/72 insgesamt 35 Gulden Aufdinggeld<sup>147</sup> und *Insgemein*<sup>148</sup> erhielt und 1774/75 nochmals fünf Gulden für seine Freisprechung<sup>149</sup> von der Schneiderlehre. Zwar bekamen tatsächlich elf der 15 Begünstigten im Jahr 1776/77 nur zwei Gulden, doch damit waren die geistlichen Räte scheinbar nicht zufrieden, da sie im nächsten Erinnerungsschreiben deutlich dazu aufforderten, die *eigentliche und wahre Intention des höchstseelen Stiffters* zu berücksichtigen. Es sollte darauf geachtet werden, dass nur diejenigen Stiftungsgelder bekämen, die *ohnverschuldet [...] in armuth und notstand gekommen*<sup>150</sup>

142 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1771/72, fol. 13, *zur Beihülff denen Nothleidenden Krancken Inwohnern*.

143 Schneider, Teuerung (wie Anm. 78), S. 273f.

144 Schneider, Teuerung (wie Anm. 78), S. 274.

145 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1775/76, fol. 11.

146 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1776/77, fol. 2v, 3v.

147 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1771/72, fol. 5.

148 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1771/72, fol. 13.

149 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1774/75, fol. 8.

150 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1776/77, fol. 6–7.



waren, und es sollten vor allem nur zwei Bürgersöhne Gelder erhalten. Damit dies eingehalten würde, sollte *in künftige Rechnung gleich anfänglich die Stiftungsurkund* eingetragen werden.<sup>151</sup>

Daraufhin wurden tatsächlich 1777/78 nur noch fünf Bürgersöhne mit jeweils zwei Gulden und im Folgejahr sechs Arme mit insgesamt 20 Gulden unterstützt, was nach sieben Jahren wieder zu einem *Aktivrezess* führte, wenngleich die Zahl der Nutznießer nach wie vor die Vorgaben des Testaments überstieg. Aus den Antwortschreiben der Pfleger aus den Jahren 1778/79 und 1781/82 geht jedoch hervor, dass man sich der Anweisung, nur zwei Arme zu unterstützen, widersetzte, weil es nicht an *hiesigen Bürgersöhnen, welche äußerst dürftig und zu Erlernung eines Handwerks fähig* waren, mangelte. Außerdem durften *derlei arme* meist unentgeltlich bei den Meistern in die Lehre gehen oder hatten die Möglichkeit, bei mehreren Stiftungen Almosen zu sammeln, bis sie die erforderlichen Kosten decken konnten. Demnach betrug *das Lehr-, Aufding- und Freisprechgeld mit Einbegriff der notwendigen Kleidung während der Lehrzeit bei dem geringsten Handwerk mehr als 50 Gulden*, weshalb man – entgegen der Intention des Stifter – den Bürgersöhnen nur das Aufding- und Freisprechgeld bezahlte, *um mehreren zu helfen und sämtlichen armen Bürgern einen Trost zur Anhilfe und Versorgung ihrer Kinder zukommen zu lassen*.<sup>152</sup> Welches Handwerk hier gemeint ist, kann nicht beantwortet werden; allerdings heißt es im Antwortschreiben von 1781/82, dass das Handwerkslehrgeld zur Zeit der Fundation nicht mehr *als 10 höchstens 12 flo kostete*, was anhand der *Rechnungen jener Zeit zu verlesen*<sup>153</sup> war. Demnach hätte sich das Lehrgeld mehr als vervierfacht, was in Anbetracht der Überbesetzung der Handwerke des 18. Jahrhunderts durchaus vorstellbar wäre.

Dass darüber hinaus auch die Zahl der Bedürftigen zu dieser Zeit höher war als noch im 17. Jahrhundert, wird daran deutlich, dass *statt eines armen Knabens [...] oft 8, 9 und mehrere* supplizierten. Da diese gegen eine längere Lehrzeit *von denen Meistern ohnentgeltlich angenommen werden, wenn nur das Aufding- und Freisprechgeld gezahlt wird*,<sup>154</sup> ist es nachvollziehbar, dass man sich über den Stifterwillen hinwegsetzte, um diese Möglichkeit wahrnehmen zu können. Anhand dieser Ausführungen wird das grundsätzliche Problem solcher Stiftungen deutlich, das

151 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1776/77, fol. 6–7.

152 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1778/79.

153 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1781/82.

154 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1781/82.

bereits angesprochen wurde. Die Zielgruppe, die Aschhausen in seinem Testament definierte und zu deren Unterstützung er, nach seinem Ermessen, entsprechende Gelder bereitstellte, wuchs nicht nur quantitativ an, sondern man benötigte auch mehr Mittel, um den Stiftungszweck erfüllen zu können. Da es sich hierbei jedoch um ein festgelegtes Kapital mit gleichbleibenden Zinserträgen handelte, bestand keine Möglichkeit, sich der sozioökonomischen Situation anzupassen, ohne sich über den Stifterwillen hinwegzusetzen. Die Pfleger versuchten anscheinend einen Ausgleich zu schaffen, indem sie einer höheren Anzahl an Nutznießern geringere Gelder auszahlten, wobei sich allerdings die Frage stellt, wie sinnvoll dieses Vorgehen in Anbetracht der schlechten Arbeitsmarktsituation war. Im weiteren Verlauf verzeichnete die Stiftung 1785/86 wieder einen negativen Recess, was jedoch nicht wie zu Beginn der 1770er Jahre an einer europaweiten Krise lag, sondern daran, dass mehr Personen unterstützt wurden als in der Zeit von 1779/80 bis 1784/85. So stieg beispielsweise 1786/87 die Anzahl der Bürgersöhne erstmals seit 1774/75 wieder auf über 20 an. Allerdings existieren für die Zeit von 1786/87 bis 1792/93 keine ausführlichen Protokolle, sondern lediglich vereinzelte Hinweise, dass *nach und nach dieser Recess abgetragen werden sollte und mit jedem Jahr nur soviel aus der Pflege bestritten werde als die Kräften derselben es zuließen*.<sup>155</sup>

In der Folgezeit fallen die Jahre 1794/95 und 1795/96 sowie 1799/1800 bis 1801/02 ins Auge. In diesen Zeiträumen erhielten jährlich erneut mehr als zehn Arme Gelder aus der Stiftung, 1799/1800 waren es sogar 17. Möglicherweise stand diese erhöhte Anzahl an Bedürftigen mit dem ersten und zweiten Koalitionskrieg in Verbindung, da sich in dieser Zeit die Nahrungsmittelpreise zeitweise verdoppelten.<sup>156</sup> Die letzten Zahlungen an neun arme Bürgersöhne in Höhe von 35 Gulden erfolgten im Jahre 1802/03. Ab 1803 trat der Verwaltungsrat der königlichen Landesdirektion die Rechtsnachfolge der Stiftung an. Im Jahr darauf erfolgte die Verschmelzung mit der *Schaumbergischen Stiftung*, die wiederum dem *Schulfonds* einverleibt wurde<sup>157</sup>, was die letzte verzeichnete Ausgabe der Aschhausenstiftung im Jahre 1807/08 in Höhe von 62 Gulden 30 Kreuzer an die *königliche Cultus und Unterrichtsadministration*<sup>158</sup> erklärt.

155 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1789/90, fol. 5b–6a.

156 Schmidt, Kapitalmarktkrisen (wie Anm. 15), S. 253.

157 Reddig, Fürsorge (wie Anm. 8), S. 365.

158 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1807/08, fol. 4.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass man anhand des Verlaufs der Umsätze und der sich verändernden Zahl an Nutznießern einschneidende ökonomische Krisen erkennen kann, da diese meist die Unterschichten besonders hart trafen und selbige folglich mehr Unterstützung benötigten. Anhand der Rechnungsprotokolle wird ebenfalls deutlich, dass es bei der Verteilung der Stiftungsgelder Uneinigigkeiten zwischen dem Generalvikariat und den Pflegern gab, die sich letztendlich über den Stifterwillen hinwegsetzten, um möglichst vielen Bürgersöhnen helfen zu können. Unklar bleibt jedoch, inwieweit die Bezugsberechtigung der Bürgersöhne überhaupt durch das Stiftungspersonal geprüft wurde, da sich diesbezüglich keine Vermerke in den Akten finden.

### 3.3.2. Bürgertöchter

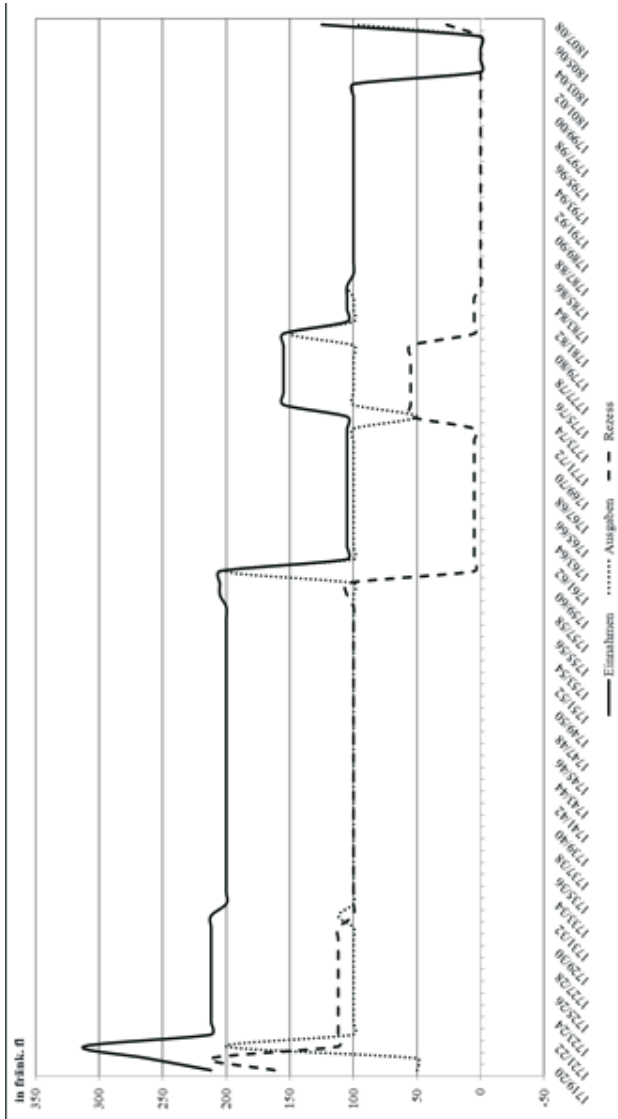
Bei den Aufwendungen für die Bürgertöchter hielt man sich in den 85 Jahren des Untersuchungszeitraums weitgehend an die Foundation des Stifters, weshalb die Einnahmen und Ausgaben wesentlich linearer verlaufen als die der Bürgersöhne.

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums, also im Rechnungsjahr 1719/20, war zwar ein Rezess von 112 Gulden vorhanden; wie Grafik 3 zeigt, wurden aber nur 50 Gulden ausgegeben. Entgegen der testamentarischen Vorgabe wurden in diesem Jahr nur jeweils 25 Gulden an zwei Bürgertöchter bezahlt.<sup>159</sup> Im Jahr darauf wurden zwar 50 Gulden bezahlt, aber nur an eine Bürgertochter, was im Folgejahr durch das Aussteuern von vier Frauen scheinbar wieder ausgeglichen werden sollte.<sup>160</sup> Dabei fällt auf, dass zwei Frauen die gleiche Herkunft und denselben Nachnamen besitzen. Da die beiden außerdem in einem engen Zeitraum ausgesteuert wurden, wäre es denkbar, dass es sich hierbei um Schwestern handelte. Das würde bedeuten, dass die Stiftungspfleger durchaus bereit waren, mehreren Mitgliedern einer Familie Stiftungsgelder zukommen zu lassen. Insgesamt konnten zehn weitere Beispiele gefunden werden, die die genannten Kriterien aufweisen.<sup>161</sup>

159 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1719/20, fol. 4.

160 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1720/21, fol. 4; 1721/22, fol. 4–5.

161 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1719/20, fol. 4; 1720/21, fol. 4; 1721/22 fol. 4–5; 1728/29, fol. 4; 1729/30, fol. 4; 1730/31, fol. 4; 1737/38, fol. 4; 1740/41, fol. 4; 1742/43, fol. 4; 1748/49, fol. 4; 1756/57, fol. 3; 1758/59, fol. 3; 1759/60, fol. 4; 1765/66 fol. 2v; 1768/69, fol. 4; 1769/70, fol. 4; 1799/00 fol. 1 v; 1796/97, fol. 1v; 1800/01, fol. 1v; 1802/03, fol. 1v.



Grafik 3: Einnahmen und Ausgaben für Bürgertöchter von 1719 bis 1808.

Von 1722/23 bis 1731/32 blieben Einnahmen und Ausgaben gleich, folglich auch der Rezzess, was bedeutet, dass für einen Zeitraum von zehn Jahren immer zwei Bürgertöchter eine Aussteuer in Höhe von 50 Gulden erhielten und die Zinseinnahmen jährlich 100 Gulden betrugten. Im Jahre 1732/33 ist eine Ausgabe in Höhe von 11 Gulden 30 Kreuzer verzeichnet, bei der es sich um *nötige Kleidung* für die *jüngste Willische Tochter* handelte.<sup>162</sup> Danach ergibt sich ein Rezzess in Höhe von 100 Gulden, der ebenso wie die Einnahmen und Ausgaben für die nächsten 26 Jahre gleich bleibt. Im Rechnungsjahr 1759/60 erhöhen sich die Einnahmen auf 205 Gulden, da zusätzlich fünf Gulden Zinsen in die Stiftung fließen, die von Anna Rosina Götzin für den Erhalt von 50 Gulden Ehesteuer zur Hälfte bezahlt wurden, während der Rest vom Stadtrat erlassen wurde und in die Stiftung floss.<sup>163</sup> Demnach fungierte die Stiftung in diesem Fall als Bank, wobei die Hintergründe für diese Ausnahme offen bleiben.

Die nächste Auffälligkeit ist im Jahr 1761/62 zu erkennen, in dem erneut vier Frauen durch die Stiftung ausgesteuert wurden.<sup>164</sup> Danach beträgt der Rezzess nur noch fünf Gulden, was für die nächsten zwölf Jahre bis einschließlich 1773/74 unverändert bleibt. Im Folgejahr wurde erneut nur eine Bürgertochter unterstützt, da es laut späterem Rechnungsprotokoll zu *jener Zeit da wenig fähige Supplicanten* gab. In Anbetracht der Teuerungskrise zu Beginn der 1770er Jahre ist dies jedoch kaum vorstellbar, da dadurch eigentlich eine Steigerung der Anzahl Bedürftiger zu erwarten gewesen wäre. Sieben Jahre später (1781/82) wurden wieder drei Bürgertöchter ausgesteuert, da es *alzeit mehrere fähige Supplicantinnen* gab und man *keinen Recess von beregter Stiftung zum Nachteil der armen liegen lassen wollte*.<sup>165</sup> Somit wurde die fehlende Zahlung aus dem Jahr 1774/75 ausgeglichen und der Stifterwillen eingehalten.

In den nächsten 21 Jahren erhielten fundationsgemäß jeweils zwei Frauen die Aussteuerpräbende, wobei der Rezzess in Höhe von fünf Gulden 1785/86 bei den Einnahmen der Bürgersöhne *in Abrechnung gebracht*<sup>166</sup> wurde. Folglich weist die Stiftung von 1786/87 bis einschließlich 1802/03 gleichbleibende Posten auf. Wie aus der grafischen Darstellung zu entnehmen ist, gab es von 1803 bis 1807 einen

162 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1732/33, fol. 4.

163 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1759/60, fol. 3.

164 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1761/62, fol. 4.

165 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1781/82.

166 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1785/86, fol. 4r.

Einschnitt, der durch das Fehlen der Rechnungsbücher für diesen Zeitraum bedingt ist. Da im Zuge der Säkularisation die verschiedenen Stiftungskassen verschmolzen wurden, kam es vermutlich infolge dessen zu einer Erhöhung des Kapitals von 2.000 auf 2.500 Gulden, was bei gleichbleibender Verzinsung entsprechend höhere Zinseinnahmen bedeutete. Folglich standen im Rechnungsjahr 1807/08 anstatt 100 Gulden Zinseinnahmen 125 Gulden zur Auszahlung der Ehesteuer zur Verfügung.<sup>167</sup> Allerdings erhöhten sich dadurch die Auszahlungsbeträge für die Bürgertöchter nicht, sondern verringerten sich sogar auf 48 Gulden 22 Kreuzer.<sup>168</sup>

In der Summe wurden in 85 Jahren 8.601 Gulden 44 Kreuzer an Ehesteuer für 173 Bürgertöchter bezahlt, was bedeutet, dass insgesamt drei junge Frauen mehr ausgesteuert wurden als testamentarisch vorgesehen. Aufgrund der geringeren Ausgaben im Jahre 1719/20 erhielt jede Tochter allerdings durchschnittlich knapp 50 Gulden. Es stellt sich die Frage, warum diese Bürgertöchter weniger bekamen als die anderen in der Folgezeit. Möglicherweise wurde schon mehrere Jahre zuvor weniger als 50 Gulden an die Frauen bezahlt, wodurch sich der Rezess in Höhe von 112 Gulden im Jahr 1719/20 erklären ließe. Außerdem muss es weitere Unregelmäßigkeiten in den Auszahlungen gegeben haben, da von Stiftungsbeginn an immer 100 Gulden Zinsen zur Verfügung standen, die bei fundationsmäßiger Einsetzung jährlich aufgebraucht worden wären. Somit hätte sich kein oder nur ein geringer Übertrag ergeben dürfen, der sich zum Beispiel durch „außerplanmäßige“ Zinseinnahmen, wie im Fall der Anna Rosina Götzin erklären ließe.

Infolge des Bevölkerungswachstums seit Ende des 17. Jahrhunderts stieg auch die Zahl der Armen in Bamberg an. Da die Obrigkeit eine Zunahme der armen Bevölkerung verhindern wollte, versuchte sie die Heiraten zu beschränken, indem ein bestimmtes Vermögen für den Erhalt eines Kopulationsscheins vorausgesetzt wurde. Nach Dengler-Schreiber seien deshalb seit 1719 zum Beispiel viele Gärtnerfamilien ausgewandert.<sup>169</sup> Kappl zufolge musste ab 1731 ein Vermögen in Höhe von 200 Gulden nachgewiesen werden, um eine Heiraterlaubnis zu erhalten.<sup>170</sup> Es wäre denkbar, dass ab 1720/21 wieder 50 Gulden Aussteuer pro Person gezahlt wurden,

167 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1807/08, fol. 1.

168 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1807/08, fol. 2.

169 Karin Dengler-Schreiber, *Kleine Bamberger Stadtgeschichte*, Regensburg 2010, S. 95.

170 Claus Kappl, *Die Not der kleinen Leute. Der Alltag der Armen im 18. Jahrhundert im Spiegel der Bamberger Malefizakten* (Historischer Verein für die Pflege der Geschichte des ehemaligen Fürstbistums Bamberg, 17. Beiheft), Bamberg 1984, S. 106.

um den armen Bürgertöchtern größere Chancen zu geben, gemeinsam mit dem potenziellen Ehemann das geforderte Vermögen nachzuweisen. Dadurch hätten beide die Möglichkeit gehabt, durch ihre Zweckgemeinschaft, welche die Ehe in der Frühen Neuzeit oft war, das Existenzminimum gemeinschaftlich zu sichern, was sich in der Regel leichter gestaltete als in einem Einpersonenhaushalt.<sup>171</sup>

### 3.3.3. Soziale Herkunft der Bürgertöchter und -söhne

Da bei 127 der 173 Empfängerinnen der Aussteuerpräbende der Beruf des Vaters angegeben ist, kann ihre soziale Herkunft analysiert, mit derjenigen von 350 Bürgersöhnen verglichen und einige Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden. Bei den unterstützten Bürgertöchtern handelte es sich in 20 Fällen um Fischertöchter und in zwölf Fällen um Schneidertöchter, die zusammen genommen über 18 Prozent aller Empfängerinnen ausmachen. Die Bamberger Fischer waren aufgrund der Flussnähe typisch für die Stadt und bildeten im 18. Jahrhundert zahlenmäßig das drittstärkste Gewerbe nach den Gärtnern und Bierbauern.<sup>172</sup> Der Studie von Morlinghaus zufolge stieg die Anzahl der Fischer in Bamberg von 47 im Jahre 1683 auf 94 bis 1811/12 an.<sup>173</sup> Aus den Rechnungsbüchern ergibt sich keine Konzentration der Aussteuerzahlungen auf einen bestimmten Zeitraum, sondern eine annähernd gleichmäßige Verteilung auf den Untersuchungszeitraum. Dabei fällt auf, dass unter den 20 begünstigten Fischertöchtern fünfmal der Familienname *Weyermann* auftaucht, was aufgrund der zeitlichen Nähe der Auszahlungen darauf schließen lässt, dass es sich hierbei um die Töchter einer Familie handelte oder um zwei aufeinanderfolgende Generationen einer Familie.<sup>174</sup> Wie bereits erwähnt, zahlte in diesem Fall die Stiftung für mehrere Familienmitglieder die Aussteuer.

Da der Beruf des Schneiders, wie bereits erläutert, häufig von der Unterschicht ausgeübt wurde, ist es nicht erstaunlich, dass mehrere Töchter dieser Haushalte Un-

171 Kappl, Not der kleinen Leute (wie Anm. 170), S. 107.

172 Thomas Gunzelmann, Bamberg als Stadt am Fluss im mitteleuropäischen Kontext, in: Regina Hanemann (Hrsg.), Im Fluss der Geschichte. Bambergs Lebensader Regnitz, Baunach 2009, S. 11–50, hier S. 23.

173 Morlinghaus, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 104), S. 115.

174 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbücher 1737/38, fol. 4; 1742/43, fol. 4; 1748/49, fol. 4; 1756/57, fol. 3; 1758/59, fol. 3.

terstützung benötigten. An dritter Stelle stehen die Töchter der stadtgerichtlichen Schreiner und Schuhmacher mit jeweils acht Nennungen. Beim Vergleich mit der Herkunft der Bürgersöhne ist zu erkennen, dass es hier nur acht Fischersöhne, sechs Schneidersöhne, 13 Schreinersöhne und nur einen Schuhmachersohn gab. Zwar liegt bei den insgesamt 1.062 Bürgersöhnen nur 350-mal eine Angabe zum Beruf des Vaters vor, doch im Verhältnis zur Gesamtanzahl würde man häufiger mit diesen Berufen rechnen. Jeweils fünf Frauen waren Töchter von Büttnern und Weißgerbern, und jeweils vier von Bäckern, Gärtnern und Webern. Altmacher-, Maurer- und Tuchmachertöchter wurden jeweils dreimal aufgeführt. Ein Vergleich mit den Eintragungen in den Bamberger Bürgerbüchern zeigt, dass dort alle Berufe häufiger vertreten sind, die Weißgerber ausgenommen.<sup>175</sup>

Bei den restlichen 47 Herkunftsangaben handelt es sich um Zweifach- und Einfachnennungen. Da bereits in Tabelle 1 die Lehrberufe der Bürgersöhne aufgezeigt wurden, sollen hier nur einige Herkunftsangaben ergänzt werden, um die Vielfalt des Bamberger Gewerbes zu unterstreichen, aber auch, um zu verdeutlichen, aus welchen Familien die Töchter stammten, die Unterstützung benötigten. Jeweils zwei Töchter stammten aus Pfragner- und Schleiferfamilien, und jeweils einmal genannt wurden *Bildmaler*<sup>176</sup>, *Kuttler*<sup>177</sup>, *Melber*<sup>178</sup>, *Nestler*<sup>179</sup>, *Riemenschneider*<sup>180</sup> und *Seilertöchter*<sup>181</sup>. Daneben wurden auch Töchter von städtischen Bediensteten angesteuert, wie die Beispiele einer *Nachtwächter*<sup>182</sup> und einer *Ratsverwandtentochter*<sup>183</sup> zeigen. Ebenso kommen Töchter von Hofbediensteten oder Hofhandwerkern in den Rechnungsbüchern vor, da jeweils eine *Hofsaaldiener*<sup>184</sup>, *Tafeldecker*<sup>185</sup> und *Hofbortenmachertochter*<sup>186</sup> erwähnt werden. Bei den Bürgersöhnen finden sich ebenfalls einige, deren Väter ein städtisches Amt ausübten, wie zum Beispiel 16

175 Hörl, Bürgerbücher (wie Anm. 95), S. 90.

176 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1801/02, fol. 1v.

177 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1755/56, fol. 3.

178 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1766/67, fol. 2v. Als Melber wurden in Bamberg die Mehlhändler bezeichnet.

179 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1746/47, fol. 4.

180 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1795/96, fol. 1v.

181 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1752/53, fol. 3.

182 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1753/54, fol. 3.

183 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1753/54, fol. 3.

184 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1751/52, fol. 4.

185 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1785/86, fol. 4.

186 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1786/87, fol. 1v.



Nachtwächtersöhne, fünf Turmwächtersöhne, zwei Stadtratsdienersöhne und einige weitere Einzelnennungen. Da es in Bamberg selbst Spiel-leuten möglich war, das Bürgerrecht zu erlangen<sup>187</sup>, erstaunt es nicht, dass auch eine *Spielmannstochter*<sup>188</sup> ausgesteuert wurde. Bei den Bürgersöhnen werden sieben aufgeführt, deren Vater Spielmann war; somit handelte es sich nicht um einen Einzelfall. Aufgrund des identischen Familiennamens *Vogt* und der nahe beieinander liegenden Jahresangaben könnten zwei der *Spielmannssöhne*<sup>189</sup> Brüder gewesen sein und die erwähnte Spielmannstochter ihre Schwester.

Dass es in Bamberg speziell auf den Hof ausgerichtete Berufe gab, wurde schon bei den Lehrberufen der Bürgersöhne verdeutlicht. Daneben korrelierten in vielen Städten Größe und Spezialisierungsgrad des Handwerks.<sup>190</sup> Die Grundversorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnung garantierten die einschlägigen Handwerke in allen Städten, aber der Grad der Differenzierung war größenabhängig. So gab es zum Beispiel in einer Kleinstadt nur Bäcker, in größeren Städten dagegen auch Grob-, Fein-, und Pastetenbäcker.<sup>191</sup> Anhand der Berufsbezeichnungen in den Rechnungsbüchern lässt sich auch in Bamberg eine derartige Spezialisierung feststellen, da es neben den gewöhnlichen Bäckerkindern auch zwei *Zuckerbäckersöhne*<sup>192</sup>, einen Lehrling des *Zuckerbäckerhandwerks*<sup>193</sup>, zwei *Zuckerbäcker*<sup>194</sup> und eine *Konditortochter*<sup>195</sup> sowie einen *Küchleinbäckersohn*<sup>196</sup> gab.

Da bei etwa einem Drittel der Bürgersöhne der Beruf des Vaters angegeben ist, scheint es sinnvoll, hier neben der Herkunft auch Berufskontinuitäten aufzuzeigen. Am häufigsten wurde der Beruf des Hutmachers weitergeführt, da von insgesamt 15 Hutmachersöhnen elf das Handwerk des Vaters erlernten. An zweiter Stelle stehen 14 Schreinersöhne, von denen acht ebenfalls Schreiner wurden. Von diesen acht waren vermutlich drei Schreinermeistersöhne, was ein Vergleich der Fami-

187 Hörl, Bürgerbücher (wie Anm. 95), S. 93.

188 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1735/36, fol. 4.

189 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1719/20, fol. 10, 1722/23, fol. 9.

190 Vgl. Karl Heinrich Kaufhold, Stadt und Handwerk. Zusammenfassung der wesentlichen Arbeitsergebnisse, in: ders. (Hrsg.), Stadt und Handwerk in Mittelalter und früher Neuzeit, Köln u.a. 2000, S. 301–308, hier S. 304.

191 Kaufhold, Stadt und Handwerk (wie Anm. 190), S. 304.

192 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1767/68, fol. 12; 1790/91, fol. 2v.

193 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1773/74, fol. 5.

194 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1734/35, fol. 4; 1797/98, fol. 1v.

195 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1771/72, fol. 2.

196 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1745/46, fol. 11.

liennamen der Lehrlinge mit denen der eingetragenen Schreinermeister im Verzeichnis der Zulassungen zeigt.<sup>197</sup> Es gab zum Beispiel mehrere Schreinermeister in Bamberg, die den Familiennamen Bauer trugen, und da es auch einen Schreinerlehrling namens Johann Georg Bauer<sup>198</sup> gab, dessen Vater als Schreiner angegeben ist, liegt es nahe, dass einer der Bamberger Meister der Vater war. Weiterhin wird der Lehrling Paul Betz<sup>199</sup> aufgeführt, der das Schreinerhandwerk bei Johann Peter Betz erlernt hatte und bei denen es sich ebenfalls um Vater und Sohn handeln könnte. Zwar ist bei derartigen Mutmaßungen Vorsicht geboten, wie Sangl anhand eines Beispiels verdeutlicht, bei dem fälschlicherweise eine familiäre Zusammengehörigkeit angenommen wurde.<sup>200</sup> Doch im Falle des Lehrlings Georg Friedrich Gentilini<sup>201</sup> ist es sehr unwahrscheinlich, dass der Schreinermeister italienischer Abstammung Joseph Bonaventura Gentilini<sup>202</sup> nicht sein Vater war. Daneben gab es weitere explizit als Meistersöhne erwähnte Lehrlinge, wie zum Beispiel jeweils einen *Glaser*<sup>203</sup>, *Gärtner*<sup>204</sup> und *Hutmachermeystersohn*.<sup>205</sup> Falls es sich bei den Schreinerlehrlingen tatsächlich um Meistersöhne handelte, zeigt sich, dass auch diese Aufding- und Freisprechgelder zahlen mussten, was aufgrund der Tatsache, dass diese oft die Lehrzeit verkürzen konnten oder sie erlassen bekamen, nicht selbstverständlich ist.<sup>206</sup>

Eine ebenfalls hohe Berufskontinuität zeigt sich bei 18 Tuchmachern und sieben Schustern, von denen jeweils fünf Söhne das Handwerk des Vaters weiterführten. Hingegen ergriffen von 27 Büttnersöhnen nur drei, von zwölf Bäcker- und elf Maurersöhnen nur jeweils einer bzw. zwei den Beruf des Vaters. Die Frage nach eventuellen sozialen Aufsteigern ist schwer zu beantworten, weil keine weiteren Informationen zum Vermögen der Bürgersöhne vorhanden sind und nur anhand der Zahlungen nicht genau bestimmt werden kann, wer seine Handwerkerlehre

197 Sigrid Sangl, *Das Bamberger Hofschreinerhandwerk im 18. Jahrhundert* (Bayerische Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen. Forschungen zur Kunst- und Kulturgeschichte, Bd. 1), München 1990, S. 268–272.

198 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1760/61, fol. 9.

199 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1760/61, fol. 14.

200 Sangl, *Hofschreinerhandwerk* (wie Anm. 197), S. 16.

201 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1761/62, fol. 10.

202 Sangl, *Hofschreinerhandwerk* (wie Anm. 197), S. 15.

203 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1773/74, fol. 6.

204 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1776/77, fol. 2v.

205 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1786/87, fol. 4r.

206 Kluge, *Zünfte* (wie Anm. 106), S. 157.

überhaupt abschloss. Am ehesten könnte bei den Tagelöhnersöhnen, den Spielmannssöhnen oder den verschiedenen Knechtssöhnen, wie den Schüttknechtssöhnen, dem Rumorknechtssohn oder auch dem Lumpenhändlersohn ein sozialer Aufstieg konstatiert werden, da diese immerhin ein ehrliches Handwerk erlernten und dadurch nicht nur ein höheres Ansehen genossen als ihre Väter, sondern auch bessere Verdienstmöglichkeiten in Aussicht hatten.

### 3.3.4. Empfänger außerhalb der Stifterintention

Aschhausens Absicht, dass nur Bürgerkinder bedacht werden sollten, wurde nicht immer eingehalten. Das zeigt sich daran, dass unter den Nutznießern 23 *Schutzverwandtensöhne*<sup>207</sup> zu finden sind sowie der Hintersassensohn Johann Förtsch, der zwei Gulden Freisprechgeld für die Lehre als *Schlosser*<sup>208</sup> erhielt. Da es in den Rechnungsbüchern keine weiteren Vermerke zu den Auszahlungen gibt, können die Gründe für diese Abweichungen vom Stifterwillen nicht nachvollzogen werden. Die einzige Auffälligkeit ist, dass alle Zahlungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stattfanden. Da die Anzahl im Verhältnis sehr gering ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein externer Faktor die Unterstützung maßgeblich beeinflusst hat.

Weitere Unstimmigkeiten finden sich in den Jahren 1786/87 und 1788/89, in denen die Bürgertochter und *Jungfrau Maria Eleonora Krießerin bei ihrer Aufnahme in das Englische Institut*<sup>209</sup> jeweils vier Gulden Aufdinggeld erhielt. Bereits 1754/55 erhielt die Bürgertochter *Maria Anna Walburgis Meyherin*<sup>210</sup> vier Gulden für ihre Ordenstracht, was darauf hinweist, dass man Frauen nicht nur durch Bezahlung der Aussteuer unterstützen wollte, sondern in Ausnahmefällen auch der Eintritt in eine klösterliche Gemeinschaft ermöglicht wurde.

207 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1745/46, 1748/49, 1749/50, 1751/52, 1753/54, 1756/57, 1760/61, 1763/64, 1764/65, 1770/71, 1784/85, 1799/00, 1800/01, 1801/02, 1802/03.

208 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1783/84, fol.3v.

209 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1786/87, fol. 3r und 1788/89, fol. 3r. Zum Englischen Institut in Bamberg: Lenelotte Möller, Höhere Mädchenschulen in der Kurpfalz und im fränkischen Raum im 18. Jahrhundert (Mainzer Studien zur Neueren Geschichte Bd. 5), Frankfurt am Main 2001.

210 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1754/55, fol. 11.

In den Rechnungsbüchern sind ferner 38 Personen verzeichnet, die in verschiedene Männerklöster eintraten und somit ebenfalls von der Stifterintention abweichen, da es sich hierbei nicht um die Erlernung eines Handwerks handelte, was jedoch eindeutig in Aschhausens Testament vorgesehen war.<sup>211</sup> Von diesen 38 Nutznießern waren 15 Franziskaner-, 13 Kapuziner-, vier Karmeliten-, zwei Benediktiner- sowie ein Dominikanerkandidat sowie drei Personen, die jeweils nur als *Theologia Candidato*<sup>212</sup> bezeichnet wurden. Bei den Ausgaben für diese Nutznießer handelte es sich meist um Gelder zur Anschaffung eines *Klosterhabits* oder anderer *Notwendigkeiten*, die nicht näher beschrieben wurden. Bei zwei Empfängern wurden auch die Reisekosten ins Kloster übernommen.<sup>213</sup> Auffällig ist, dass neun der Kandidaten nach Ungarn oder Polen ins Kloster gingen oder schon dort waren und nur einer der Benediktinerkandidaten dem Kloster Michelsberg zuzuordnen ist.<sup>214</sup> Möglicherweise stand die Auswanderung dieser Bürgersöhne mit der Krisenzeit zu Beginn der 1770er Jahre in Verbindung, was die Auszahlung der Gelder zumindest im weiteren Sinne rechtfertigte, weil ihnen dadurch die Möglichkeit gegeben wurde, der Armut zu entkommen. In fünf Fällen werden die Aufwendungen jedoch als *Aufdinggeld* bezeichnet. Da diese gegen Ende des 18. Jahrhunderts getätigt wurden, als die Rechnungsbücher bereits eine Kostenaufteilung aufwiesen, könnte man versucht haben, diese Auszahlungen unter der Rubrik „Aufdinggeld“ zu verbuchen, um zu vertuschen, dass es sich nicht um fundationsgemäße Beiträge zur Erlernung von Handwerken handelt. Ordnungsgemäß hätten diese Kosten unter der Rubrik „Insgemein“ aufgeführt werden müssen, doch da die Stiftung in den Jahren 1785/86 sowie 1789/90 und somit bei drei von fünf Fällen noch negative Resesse aufwies, liegt der Verdacht nahe. In Relation zu den Ausgaben für Lehrkosten waren diejenigen für die Klosterkandidaten sehr hoch. So erhielt beispielsweise der Benediktinerkandidat *Laubmayer* 16 Gulden zur *Anschaffung verschiedener Notwendigkeiten*<sup>215</sup> und der elternlose Waise *Pancratz Buchner* zwölf Gulden 30 Kreuzer für seinen *Klosterhabit*<sup>216</sup> im Kapuzinerorden.

211 StadtABa, H.V. Rep. 2, Nr. 188, nicht foliiert, zu *erlernung ehrlicher Handwerker*.

212 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1735/36, fol. 11; 1760/61, fol. 10; 1771/72, fol. 10.

213 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1769/70, fol. 17; 1773/74, fol. 8.

214 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1751/52, fol. 11; 1765/66, fol. 7r; 1769/70, fol. 17; 1770/71, fol. 11; 1772/73, fol. 11; 1773/74, fol. 8; 1774/75, fol. 11; 1775/76, fol. 7.

215 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1751/52, fol. 11.

216 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1758/59, fol. 10.

Darüber hinaus sind noch weitere Ausgaben dokumentiert, die nicht eindeutig dem Willen des Stifters entsprachen, wie zum Beispiel die Kostenübernahme für *Medikamente*<sup>217</sup>, die zwar dadurch einen Beitrag zur Lehre leistete, dass sie die Genesung des Lehrlingen förderte, doch nicht in direktem Zusammenhang mit der Ausbildung stand wie das Aufding- oder Freisprechgeld. Neben den genannten Beispielen finden sich noch weitere Empfänger von Stiftungsgeldern, die nicht eindeutig der Intention des Stifters entsprachen, jedoch nicht im Einzelnen aufgeführt werden können.<sup>218</sup> Anhand dieser Auswahl wird dennoch deutlich, dass die Stiftungspfleger die Intention des Stifters nicht immer beachteten und die Nutznießer nach eigenem Ermessen anhand anderer Kriterien auswählten.

#### 4. Einordnung und Schlussbetrachtung

Die Stiftung von Johann Gottfried von Aschhausen ist innerhalb der Bamberger Stiftungslandschaft unter den kleineren Stiftungen einzuordnen. Haas, der versuchte, sämtliche milden Stiftungen in Bamberg zu erfassen, führt sie neben verschiedenen Schwesternhäusern, Siechhöfen und Seelhäusern auf, die ebenfalls zu den kleineren Stiftungen zählten. Im Vergleich dazu gehörten zum Beispiel das St. Katharinen- und das St. Elisabethenspital zu den großen Stiftungen der Stadt.<sup>219</sup>

Aufgrund des mangelnden Zugangs zur Lebenswirklichkeit der frühneuzeitlichen Unterschichten gestaltet es sich schwierig, den Nutzen der Stiftung für die Empfänger der Stiftungsgelder einschätzen zu können. Dass die *Godefridische Stiftung* nicht die einzige in Bamberg war, die die Ausbildung von Handwerkern unterstützte, zeigt sich zum Beispiel an den Nebenstiftungen des Bamberger Waisenhauses. Die erste dauerhafte Nebenstiftung des Domkapitulars Johann Franz von Ostein aus dem Jahr 1736/37 sah jeweils 1.000 Gulden für Waisenhäuser in Bamberg und Würzburg vor und hatte den Zweck, armen Stadt- und Landjungen

217 StadtABa, B 13+160, Rechnungsbuch 1732/33, fol. 10; 1740/41, fol. 12.

218 Weitere Beispiele: Rechnungsbuch 1731/32, fol. 9, am 9. Juni 1731 erhielt Jörg Seitel sechs Gulden zur *Geburtsbriefsauslösung wegen seines Sohns, welcher sich im österreichischen häuslich niederzulassen willens*; Rechnungsbuch 1742/43, fol. 10, am 26. Juni 1742 sind Joanni Birgler vier Gulden zu seiner vorhabenden Reise nach Rom gegeben worden; Rechnungsbuch 1765/66, fol. 8r, drei Gulden *Almosen einem bedürftigen Hausarmen und dessen Kindbetherin*; Rechnungsbuch 1772/73, fol. 11, am 2. April 1773 sind ein Gulden 36 Kreuzer *Almosen an Franz Georg Hauers, gehör- und sprachlosen Tichterlein bezahlt worden*.

219 Haas, Pfarrei St. Martin (wie Anm. 6), S. 820f.

einen Teil der Handwerkslehre zu finanzieren.<sup>220</sup> Auch der Domdechant Lothar Franz Horneck von Weinheim legierte 1757/58 1.000 Gulden, die zur Hälfte für Unterbringungen im Waisenhaus und zur Hälfte für arme Stadt- und Landkinder zur Erlernung eines Handwerks vorgesehen waren.<sup>221</sup> Die Nebenstiftungen leisteten in der Regel einen Beitrag von drei Gulden zur Handwerksausbildung, was in etwa der durchschnittlichen Zahlung aus der Aschhausensstiftung entsprach.<sup>222</sup> Auch wenn der Stiftungszweck nicht völlig übereinstimmt, könnte anhand dieser Beispiele davon ausgegangen werden, dass Aschhausens Stiftung auch Mitte des 18. Jahrhunderts noch den Ansprüchen der Zeit genüge. Da aber im Jahre 1781/82 beklagt wird, dass es immer mehr arme Bürgersöhne gäbe und die Handwerkskosten gestiegen seien, mussten die Bedürftigen möglicherweise von mehreren Stiftungen Gelder sammeln, um ihre Ausbildung finanzieren zu können.<sup>223</sup>

Dem Schriftverkehr zufolge beabsichtigte die hochfürstliche Regierung zwar, jedes Jahr nur zwei Bürgersöhne mit mehr Geld zu unterstützen, doch die für die Verteilung der Mittel Zuständigen bevorzugten es, mehrere Bedürftige geringfügig zu fördern. Dies führte eventuell dazu, dass viele der Unterstützten ihre Lehre nicht abschließen konnten und letztendlich doch verarmten. Aschhausens Intention hingegen war es, nur zwei Armen die Handwerkerlehre zu finanzieren, damit diese die Möglichkeit bekämen, sich selbst zu versorgen, der Armutsfalle zu entkommen und dadurch letztlich zu Steuer zahlenden Bürgern zu werden. Insgesamt lässt sich somit ein Spannungsverhältnis zwischen Stifterintention und Stiftungswirklichkeit konstatieren, das während des Untersuchungszeitraums unterschiedlich stark ausgeprägt war. Ursachen dieser Diskrepanzen waren neben dem demographischen Zuwachs im Verlauf des 18. Jahrhunderts auch die gestiegenen Ausbildungskosten sowie die fehlende Möglichkeit der Stiftung, sich an diese dynamischen sozioökonomischen Verhältnisse anzupassen.

220 Imhof, *Kinderseelhaus* (wie Anm. 14), S. 148.

221 Imhof, *Kinderseelhaus* (wie Anm. 14), S. 149.

222 Hierbei handelt es sich um sämtliche Zuwendungen an Bürgersöhne.

223 StadtABA, B 13+160, Rechnungsbuch 1781/82.